Donnerstag, 25. Oktober 1923. Einzelnummer 5000 Mark. 52. Jahrgang. Nr. 243.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 105 000, in den Ausgabestellen 107 000, durch Zeitungsboten 108 000, am Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800, ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 3000.— M. Reklameteil 8000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 3000.— p. M., Reklameteil 8000.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ein Recht der Entdeutschung?

In den Aeußerungen der polnischen Presse über das Haager Ansiedler-Gutachten ist mit besonderer Empörung die Feststellung des Gutachtens besprochen worden, daß weder der Minderheitenschutzvertrag noch der Versailler Friedensvertrag ein Recht zur Einschränkung gäben. Immer wieder versuchen polnische Blätter, diese Feststellung zu diskreditieren und die Berufung der deutschen Minderheit auf diese Feststellung zurückzuweisen. Am Dienstag dieser Woche waren sowohl im „Kurjer Poznański" als auch im „Dziennik Poznański" umfangreiche Aufsätze gegen die Haager Entscheidung und gegen die Forderungen der deutschen Minderheit zu lesen. In welcher Weise und mit welchen Argumenten die polnische Presse dabei arbeitet, ist hier schon mehr als einmal gezeigt worden. Man tritt dieser Art der Behandlung des Problems am besten mit einer rein sachlichen Beleuchtung entgegen.

In dem Gutachten des Haager Gerichtshofs befindet sich folgender Absatz:

„Polen hat sich auf Artikel 91 Absatz 2 des Friedensvertrages berufen, der bestimmt, daß deutsche Reichsangehörige oder ihre Nachkommen, die sich nach dem 1. Januar in den abgetretenen Gebieten niedergelassen haben, die polnische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Genehmigung des polnischen Staates erwerben. Polen beruft sich ferner auf Artikel 255 Absatz 2 desselben Vertrages, der bestimmt, daß Polen bei der Uebernahme eines Teiles der Schulden des Deutschen Reiches und des Preußischen Staates nicht verpflichtet ist, denjenigen Anteil der Schuld, dessen Ursprung die Reparationskommission auf Maßnahmen der Deutschen und Preußischen Regierung zur deutschen Besiedelung Polens zurückführt, zu übernehmen. — — — — — — — — — —
Polen behauptet, daß diese Bestimmungen eine Absicht der Entdeutschung bezeugen und daß man deshalb von Polen nicht verlangen dürfe, daß es irgendwelche Verpflichtungen erfülle oder irgendwelche Rechte anerkenne, die sich aus Verträgen ergeben, die der frühere Souverän bei seiner Deutschtumspolitik in Bezug auf Eigentum geschlossen hat, das nach Artikel 256 des Vertrages auf den Polnischen Staat übergegangen ist. — **Die in Frage stehenden Bestimmungen sind Sondervorschriften,** die sich lediglich auf eine besondere umschriebene Art des Erwerbs der Staatsangehörigkeit bezw. auf die Verteilung der Staatsschulden beziehen. Sie stehen in keinem Zusammenhang mit dem Schutz von Privatrechten; ihre Ausdehnung hierauf würde nicht nur mit den Bestimmungen des am selben Tage geschlossenen Minderheitenvertrages, sondern auch mit anderen Bestimmungen des Friedensvertrages unvereinbar sein, welche unmittelbar die Frage der privaten Rechte regeln."

Daß die Vorschriften über die Verteilung der Staatsschulden im Art. 255 Abs. 2 des Friedensvertrages nicht eine allgemeine Tendenz des Friedensvertrages zur Entdeutschung bezeugen, bedarf keines weitschichtigen Beweises. Der politische Grund ist einleuchtend. Man wollte Polen nicht zumuten, Schulden zu übernehmen, die für eine ausgesprochene Deutschtumspolitik aufgenommen waren. Ueber die Frage der Schuldenverteilung hinausgehend, sagt Art. 255 gar nichts. **Aus ihm auch nur eine Mißbilligung der preußischen Ansiedlungspolitik herauszulesen, heißt die Grundlage rechtlicher Interpretation verlassen.** Aber auch wenn man diese Mißbilligung glaubt erkennen zu können, so ist damit eine Schädigung oder gar Aufhebung der durch die preußische Ansiedlerpolitik geschaffenen Privatrechte in keiner Form rechtlich irgendwie gegeben.

Anders liegt es mit Art. 91 Abs. 2 des Friedensvertrages. Hier kommt für einen bestimmten Fall und für einen bestimmten Kreis von Menschen eine Tendenz der Entdeutschung zum Ausdruck. Die polnische Delegation in Versailles hatte gefordert, daß an Stelle des 1. Januar 1908 der 1. Januar 1883 in den Art. 91 Abs. 2 aufgenommen wurde. Diese Forderung ist mit aller Bestimmtheit von den Alliierten abgelehnt worden. **Es war die äußerste Konzession, daß für die nach 1908 Zugewanderten der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit von dem Ermessen des polnischen Staates abhängig gemacht wurde.** Der Umstand, daß deutsche Sachverständige bei der Ausarbeitung des Versailler Diktats überhaupt nicht zu Worte gekommen sind, hat es möglich gemacht, Vorstellungen von der preußischen Polenpolitik und besonders von der Ansiedlerpolitik nach 1908 bestimmend werden zu lassen, **die mit der Wirklichkeit nicht im geringsten übereinstimmen.** Das Enteignungsgesetz kann herangezogen werden als Illustration für gewisse Tendenzen, die 1908 im preußischen Staatsministerium vorhanden waren. Es kann aber nicht herangezogen werden zum Beweis für eine „unmenschliche preußische Polenpolitik". Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß im ganzen nicht mehr als 1656 Hektar enteignet worden sind. Bei diesen Enteignungen ist für den Hektar ein Durchschnittspreis von 2119 M. bezahlt worden, während in demselben Jahre der Preis bei freihändigem Ankauf nur 1800 M. im Durchschnitt betrug. Außerdem handelt es sich bei den vier enteigneten Gütern um Objekte, die **in den Jahren vorher fortgesetzt den Eigentümer gewechselt** hatten. Denkt man dem gegenüber an die Liquidation deutscher Güter, die seit Generationen in der Hand derselben Familie gewesen sind, dann kann ein solcher Vergleich unter keinen Umständen zugunsten der polnischen Politik ausfallen. In den Jahrzehnten der schärfsten Polenpolitik von 1896—1913, der „Zeit brutaler Germanisation", wie die Polen sie nennen, haben trotz der Tätigkeit der Ansiedelungskommission die Deutschen in den beiden Provinzen Posen und Westpreußen nicht an Boden gewonnen, sondern der deutsche Grundbesitz hat sich vielmehr um 98 000 Hektar verringert. Zusammen mit den Erwerbungen der Polen in den Nachbarprovinzen ergibt sich sogar ein deutscher Gesamtverlust von 120 000 Hektar. Im ganzen sind von der Ansiedelungskommission 466 323 Hektar erworben worden. Hiervon stammen 71 v. H. aus deutschem Eigentum. Die Bilanz der preußischen Ansiedlerpolitik ist folgende: Einem Ankauf der Ansiedlungskommission aus polnischer Hand von 135 000 Hektar steht ein Übergang von deutschem Eigentum in polnische Hände von 233 000 Hektar in den Provinzen Posen und Westpreußen gegenüber. Das ergibt trotz der Ansiedlerpolitik auf polnischer Seite einen Reingewinn von 98 000 Hektar. Wenn Korfanty in der Sejmdebatte im März den Einwand des Abgeordneten Naumann, daß 71 v. H. der Ansiedlergrundstücke aus deutscher Hand stammten, mit der Behauptung zu entkräften versuchte, es handle sich hier ausschließlich um Güter, welche vorher aus polnischer Hand in deutsche Hand herüber gewechselt hätten, so war das — ob bewußt oder unbewußt — eine **Unwahrheit.**

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß, wenn diese Zahlen in Versailles bekannt gewesen wären, der Abs. 2 des Art. 91 überhaupt keine Aufnahme in den Vertrag gefunden hätte. Aber genug: infolge des falschen Bildes, das von der preußischen Ansiedlerpolitik bestand, ist die Bestimmung aufgenommen worden. Was ist ihre Bedeutung? Streng rechtlich ist sie im Haager Gutachten erschöpfend umschrieben. Es handelt sich um eine Sondervorschrift, die sich lediglich auf eine besonders umschriebene Art der Staatsangehörigkeit bezieht. Aber in Verbindung mit den Bestimmungen über die Liquidation bedeutet der Art. 91, Abs. 2 in diesem einen Fall die Einräumung eines Rechts zur Entdeutschung. Es handelt sich hier um eine klare Ausnahmebestimmung, die schon aus diesem Grunde nicht ausdehnend, sondern nur einschränkend interpretiert werden kann. Eine bestimmte Gruppe ehemaliger deutscher Reichsangehöriger kann von dem Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen werden, und sie unterliegt in der Liquidation in der Tat einer vertraglich zugelassenen Entdeutschungspolitik. Die gesamten übrigen Bestimmungen des Friedensvertrages wissen jedoch von Maßnahmen der Entdeutschung nichts, und sowohl der Friedensvertrag wie Minderheitenschutz-Vertrag sind auf der Grundvoraussetzung aufgebaut, **daß polnische Staatsangehörige im vollen Genuß ihrer Rechte bleiben müssen, und daß sie,** wie es das Gutachten des ständigen Haager Gerichtshofs unwiderlegbar fordert, **in dem Zustand geschützt werden sollen, in dem sie sich bei Abschluß der Verträge befanden. Es ist ein**

Das Neueste aus Polen.

Roman Dmowskis Eintritt ins Kabinett.

Aus Warschau wird gemeldet: Nach Nachrichten aus sicherster Quelle steht die Ernennung Roman Dmowskis zum Außenminister unmittelbar bevor.

Herr Wachowiak legt sein Abgeordnetenmandat nieder.

Nach einer Meldung des „Przegląd Wieczorny" hat der Abg. Wachowiak dem Hauptvorstand der Nationalen Arbeiterpartei mitgeteilt, daß er auf sein Abgeordnetenmandat verzichtet.

Der Eisenbahnerausstand in Galizien.

Der Streik der Maschinisten in Galizien dauert fort. In Krakau streiken auch die Heizer. In Skalmierzyce haben die Maschinisten die Arbeit wieder aufgenommen. Nach Meldungen aus Galizien macht sich der Ausstand dort durch die nachlassende Zufuhr von Lebensmitteln schon ungünstig bemerkbar.

Bevorstehende Entlassung von 7000 Eisenbahnarbeitern.

Aus Sparsamkeitsgründen sollen Ende dieses Jahres ungefähr 7000 Eisenbahnarbeiter entlassen werden.

Liquidierte Güter müssen aufgeteilt werden.

Der Ministerrat hat gemäß einem Antrag des Agrarreformministers beschlossen, daß liquidierte, ehemals deutsche Landbesitzungen in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen künftig nicht mehr im ganzen verkauft werden dürfen, sondern aufgeteilt werden müssen.

In der Sejmsitzung am Dienstag

bildete den Hauptpunkt der Beratungen der Nachtrag zum Haushaltsvoranschlag für das dritte Vierteljahr und der vorläufige Voranschlag für das vierte Vierteljahr 1923. Nach dem Bericht des Abg. Tabaczyński, der ein sehr trübes Bild der finanziellen Lage des Staates entwarf, sprach der Abg. Diamand, der unter anderem mitteilte, **Ministerpräsident Witos hätte der Linken Angebote gemacht,** die die Bildung einer neuen Koalition ermöglichen sollten; die Linke hätte aber auf diese Angebote nicht eingehen können.

Die Haushaltsvoranschläge wurden in zweiter und dritter Lesung mit 197 gegen 177 Stimmen angenommen.

Die rechtsstehende Presse erklärt, der Ministerpräsident hätte niemals der Linken das Angebot, von dem der Abg. Diamand sprach, gemacht und hätte auch nie die Absicht gehabt, ein solches Angebot zu machen.

Der Streich der rheinischen Separatisten.

Geplanter Generalstreik in Aachen.

Es verlautet aus Köln, daß von seiten der Arbeiter Aachens am Montag der Generalstreik geplant wurde zum Zeichen des Protestes gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik.

Werkzeuge der Rheinlandkommission.

Nach Pariser Meldungen, die offenbar am Quai d'Orsay eingetroffen sind, steht an der Spitze der Bewegung der Kaufmann Deckers aus Aachen. Er habe der Gruppe Dorten und nachher der Gruppe Smeets angehört. Von der ersteren habe er sich getrennt, aus der letzteren sei er ausgeschlossen worden. Deckers erklärte, er habe **bereits Sonnabend abend** den Adjutanten des Generals Rugnoy, des belgischen Oberkommandierenden der Zone, davon unterrichtet (!), daß die Separatisten **zur direkten Aktion übergehen würden.** Dieser habe sich versichert, daß sich die Separatisten gegenüber belgischen Schritten **neutral verhalten** (?) und zugesagt, daß auch die belgischen Truppen **neutral** bleiben würden. (!)

Deckers erklärte weiter, er habe auch den Delegierten der Interalliierten Rheinlandkommission Sonnabend und Sonntag abend gesprochen. (!)

Der belgische Oberkommandierende Relin-Jaquenyne ist von Brüssel in Aachen eingetroffen und erklärte den Unterzeichnern der Proklamation, Deckers und Guthardt, die belgischen Behörden sähen in der Bewegung eine **vollzogene Tatsache,** verlangten aber, daß **Ordnung und Ruhe gewahrt** blieben.

Deckers genießt, wie W. T. B. meldet, in den Geschäftskreisen seiner Heimat einen höchst zweifelhaften Ruf, besonders wegen seiner Spritgeschäfte, die das Tageslicht scheuten. Die Mitläufer des Deckers werden als übles Gesindel geschildert. Interessant wirken sie nur dadurch, daß ein großer Teil von ihnen Elsaß-Lothringer sind. Es handelt sich in der Hauptsache um Jünglinge von 18 bis 21 Jahren, die ihre Waffen, Gummiknüppel und Pistolen, **von den Belgiern bezogen** haben, von denen sie auch im Gebrauch dieser Waffen ausgebildet worden sind.

Ein treuer Mann.

Der Portier eines Restaurants in Aachen, der auftragsgemäß das Anbringen des Aufrufs verhindern wollte, wurde von den Hochverrätern sofort erschossen.

Bisher noch kein Erfolg in München-Gladbach.

Es wird gemeldet, daß in München-Gladbach Sonntag abend eine große Anzahl von Sonderbündlern in das Bahnhofsgebäude eindrang und es besetzte. In den Wartesälen wurde eine Rote-Kreuz-Station eingerichtet. Die Polizei wurde auf das Rathaus zurückgezogen. Gegen 1 Uhr nachts schlugen die Separatisten in der Stadt die gleichen Plakate an wie in Aachen. Bis gegen Montag morgen hatten sich die Sonderbündler noch nicht aus dem Bahnhof herausgewagt. Die Ruhe in der Stadt ist bisher noch nicht gestört worden. Alle öffentlichen Gebäude sind fest in den Händen der Polizei.

Im Laufe des Montag gelang es den Sonderbündlern doch noch, die Oberhand zu gewinnen. Auf dem Rathaus wurde die rot-weiß-grüne rheinische Fahne gehißt. Gewerkschaftssekretär Schildknecht wurde zum Bürgermeister gemacht.

Auch in Düren

wurde die Rheinische Republik ausgerufen. Rathaus, Reichsbank und andere öffentliche Gebäude wurden besetzt. Das gleiche geschah in **Eschweiler, Viersen** und **Erkelenz.**

In Jülich

ist ein Versuch der Separatisten, die Rheinische Republik auszurufen, am Widerstand der Behörden gescheitert, die Sonderbündler sind unverrichteter Sache wieder abgezogen.

Im früheren Herzogtum Hessen

haben die Separatisten von Groß-Gerau aus den ganzen besetzten Teil der Provinz Starkenburg, d. h. den Teil Hessens im Winkel zwischen Rhein und Main, in „Verwaltung" genommen. Die Polizei stellte sich auf den Boden der Tatsachen und versieht im Verein mit der „Rheinischen Freiheitspartei" den Sicherheitsdienst.

In der Pfalz

haben die Sonderbündler keine Erfolge erzielt.

In Mainz

ließ der Oberbürgermeister nach Rücksprache mit dem französischen Kommandanten, der ihm völlig freie Hand zusicherte, am Montag früh die Anführer der Separatisten verhaften. Der Umsturzversuch der Mainzer Sonderbündler ist also völlig gescheitert.

In Trier und Koblenz

wurden Versuche, die öffentlichen Gebäude zu besetzen, von den Behörden vereitelt.

England lehnt den Separatismus ab.

Über die Haltung der englischen verantwortlichen Stelle erfährt der offizielle „Daily Telegraph", daß die englische Besatzung auch weiterhin mit den verfassungsmäßigen deutschen Behörden zusammenarbeiten würde. England wünsche keine Unruhen in seiner Zone, und wenn die Separatisten doch versuchen sollten, dort einzudringen, so könnten der englische Befehlshaber und die englische Regierung zu sehr wichtigen Entschlüssen veranlaßt werden.

Mißachtung der primitivsten Regeln juristischer Interpretationskunst, wenn Ausnahmeregeln verallgemeinert werden. Das wird von den polnischen Juristen auch bei der Auslegung des Art. 91 nicht beachtet. Die allgemeine Regel ist der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit für alle Einwohner des Gebietes. Die Einschränkung zu Ungunsten derer, die nach dem 2. Januar 1908 den Wohnsitz in das jetzt polnische Gebiet verlegt haben, ist die Ausnahmevorschrift, die deshalb eine einschränkende Auslegung verlangt. Mit durchschlagenden Gründen ist in dem ausgezeichneten Gutachten des holländischen Rechtsgelehrten Struyken — dessen viel zu frühzeitigen Tod die deutsche Minderheit in Polen alle Ursache hat, auf das Tiefste zu beklagen — ausgeführt, **daß die Forderung des ununterbrochenen Wohnsitzes von 1908—1920 im Vertrage keine Stütze findet.** Die halboffiziöse mehrbändige englische Veröffentlichung über die Geschichte des Friedensvertrages von Temperlay erklärt mit Nachdruck, daß es der Grundsatz gewesen sei, **allen Einwohnern die vollen Rechte der Staatsangehörigkeit zu gewähren. Nur wer nachweislich nach dem 1. Januar 1908 zum ersten Male einen Wohnsitz in Polen begründete, unterliegt der Entdeutschungsmaßnahme der Liquidierung.** Aber diese besondere Maßnahme ist nicht Ausfluß einer allgemeinen Entdeutschungstendenz, sondern im Gegensatz zu dem konsequent durchgehaltenen Grundsatz des Ausschlusses jeder Unterdrückungspolitik gegen die Minderheit ist hier für einen eng begrenzten Personenkreis eine Entdeutschungsmöglichkeit zugegeben. Und auch hier nur deshalb, weil die Alliierten fälschlich der Auffassung waren, daß für Personen, die nach 1908 zum ersten Male einen Wohnsitz in Polen begründet haben, die Vermutung gegeben ist, daß sie durch „Germanisationsmaßnahmen“ der preußischen Regierung ins Land geholt sind.

Die polnischen Politiker sollten sich mit diesem Erfolge ihrer propagandistischen Fähigkeiten begnügen und nicht durch Beanspruchung nicht vorhandener Rechte uns Deutsche zu der Beweisführung zwingen, daß in mehr als einem Fall die Voraussetzungen nicht zutreffen, auf denen der Friedensvertrag in seinen Bestimmungen für Deutschland und Polen aufgebaut ist.

Ausweisung und Staatsangehörigkeit.

Bei den Ausweisungen der letzten Zeit hat sich gezeigt, daß die Betroffenen vielfach nicht hinreichend über die Möglichkeit orientiert waren, die ihnen zur Verfügung steht, um zu ihrem Recht zu gelangen. Es sind bekanntlich zahlreiche Ausweisungen vorgekommen, in denen die Betroffenen die polnische Staatsangehörigkeit beanspruchen können. In Staatsangehörigkeitsfragen ist zuständig der Starost, in zweiter Instanz der Wojewode und in letzter Instanz das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau. Nach Art. 4 des Gesetzes vom 3. August 1922 über den Obersten Verwaltungsgerichtshof hält zwar eine Klage beim Gerichtshof die Vollstreckung der angefochtenen Anordnung an sich nicht auf. Ein Antrag auf Aufschiebung ist an die letzte Verwaltungsinstanz, also an den Wojewoden, zu richten. Der Wojewode ist gehalten, dem Antrag stattzugeben, wenn der Kläger im Falle der Vollstreckung nicht wieder gut zu machenden Schaden davontragen würde. Im Falle der Ausweisung sind also für die Aufschiebung alle Voraussetzungen gegeben. Hat der Wojewode den Antrag auf Aufschiebung verzögert oder abgelehnt, so ist der Oberste Verwaltungsgerichtshof von sich aus ermächtigt, auf Antrag die Suspendierung der Vollstreckung zu verfügen. Es wird sich also in allen Fällen, in denen ein Deutscher den Ausweisungsbefehl erhält, der die polnische Staatsangehörigkeit glaubt beanspruchen zu können, empfehlen, **sofort an den Wojewoden wegen Anerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit und vorläufiger Aufschiebung der Ausweisung heranzutreten.** Falls wegen der Kürze der Ausweisungsfrist Gefahr im Verzuge steht, muß gleichzeitig oder jedenfalls rechtzeitig vor Ablauf der Ausweisungsfrist die Klage beim Obersten Verwaltungsgerichtshof auf Anerkennung der Staatsangehörigkeit und der Antrag auf Suspendierung der Vollstreckung der Ausweisung gerichtet werden.

Nationale Feiern in Warschau.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“.)

Der Sonntag und der Montag haben für Warschau und wohl auch für ganz Polen patriotische Feiern gebracht, die ihren Ursprung in rein friedlichem und in sich gekehrtem nationalen Erinnern hatten. Es waren wohl Feste voll von Großartigkeit in der äußeren Anordnung, aber mit dem Prunk der Außenseite verknüpfte sich für die Polen inneres Erleben. Einmal galt die Feier dem sogenannten Erziehungsausschuß, der vor 150 Jahren im Warschauer Schloß vom letzten polnischen König Stanislaus August gegründet wurde und der in all den Jahren der Unfreiheit der Mittelpunkt polnisch-nationaler Kulturbestrebungen geblieben ist. Und dann wurde in denselben Tagen die Leiche des größten aller polnischen ideellen Freiheitshelden, des Grafen Andreas Zamoyski, von Krakau nach Warschau übergeführt und in der Heiligen Kreuzkirche beigesetzt.

Schon am Sonntag früh um 9 Uhr begann in der Kathedrale von Warschau zu Ehren des Volkserziehungsausschusses der Gottesdienst, den der Feldbischof Gall unter Assistenz von Prälaten und Domherren leitete und dem nicht nur der Präsident der Republik, Wojciechowski, und der Fürstbischof Kakowski, sondern auch die meisten Minister, der Sejmmarschall und die angesehensten Männer Warschaus beiwohnten. Dann wurde eine Gedenktafel am Hause des Sitzes der Kommission enthüllt, ebenfalls in Anwesenheit aller Würdenträger des Staates. Im großen Rittersaale des alten Königsschlosses in Warschau, jenem Saal, der vor 150 Jahren noch der blinkende Versammlungssaal des alten polnischen Sejm gewesen ist und in dem vor 150 Jahren die Gründung des Ausschusses erfolgt war, wurde nun die akademische Feier abgehalten, die wieder ein Bild festlich frohen Glanzes gab.

Während dies alles sich abspielte, näherte sich der Hauptstadt schon der Zug mit den Überresten des berühmten Grafen. Auch Zamoyski war einst eine der treibenden Kräfte des Erziehungsausschusses gewesen. Aber seine dem Lande tief ergebene Natur, die wohl von manchem seiner Vorfahren beeinflußt war, begnügte sich nicht mit dem Überkommenen. Als junger Mann noch trat er zum ersten Male in seiner ausgeprägten Charakteristik hervor, als er, nach dem Aufstand von 1831, dem russischen Wiedereroberer von Warschau auf die Frage, was Polen eigentlich wünsche, die seitdem historisch gewordene kühne Antwort gab: „Allez vous en!“ Als einer der ersten begann er auf seinen unendlich ausgedehnten Gütern die Befreiung der Bauern, ein Reformwerk, das ihm naturgemäß manche Feindschaft unter seinen Standesgenossen eintrug. Während seines ganzen Lebens ist „Andreas“, wie er kurzweg genannt wurde, der Freund der Bauern gewesen. Er ist der Gründer der Ackerbaugesellschaft gewesen, die zahllose Versammlungen im ganzen Lande abgehalten hat und während vieler Jahre der eigentliche Mittelpunkt des nationalen Treibens des um seine Freiheit ringenden Polens war. Seine Popularität nahm von Jahr zu Jahr an Intensität zu, und so war es ganz natürlich, daß er den Russen als so gefährlich erschien, daß sie glaubten, seine Anwesenheit in Polen nicht weiter dulden zu können. Er wurde verbannt, lebte dann längere Zeit in Paris, war aber von dort auch nach wie vor die Seele der national-polnischen Bewegung. Damals, als er in Paris weilte, geschah es, daß von einem der Fenster seines riesigen Palastes auf der Krakauer Vorstadt (heute Ministerium des Innern) eine Bombe auf den russischen Statthalter Grafen Beg geworfen wurde, was die Konfiskation des Palastes durch die Russen zur Folge hatte. Dann aber schien es den Russen doch zu gefährlich, den einflußreichen Mann in Paris zu lassen, und sie haben sich vergebens bemüht, ihn nach Warschau zurückzulocken. Er ist in Krakau im Alter von 74 Jahen, im Jahre 1874, gestorben. Die russische Regierung gestattete nicht, daß er an der Seite seiner Frau in der Heiligen Kreuzkirche bestattet werde, jener Kirche, an deren Eingang die schöne Gestalt des das Kreuz tragenden Christus, eine Stiftung des Grafen Zamoyski, steht. Und jetzt endlich, ein halbes Jahrhundert nach seinem Tode, ist die feierliche Überführung der Leiche erfolgt. Es geschah dies mit einem jener großartigen Festzüge, bei deren Organisation die Polen Meister sind. Sokols zu Fuß und zu Pferde, Feuerwehr, Polizeitruppen und Ulanen zu Pferde, die Abgeordneten und Senatoren, die Minister und das diplomatische Korps, der Feldbischof Gall und zwei Reihen von Geistlichen gingen dem Zuge voran. Vier Kapellen spielten, und eine dichte Menge folgte ehrfurchtsvoll dem Sarge. Um vier Uhr begann seine Aufstellung, und es war fünf Uhr vorbei, als der Vorbeimarsch unter Fackellicht vorüber war. Und in der Frühe des Montags ist dann der Sarg in die Gruft gesenkt worden, wieder in Anwesenheit der hervorragendsten Männer Polens, wobei Kardinal Kakowski dei heilige Messe zelebrierte.

Die Nationale Arbeiterpartei gegen die Regierung.

Am 21. und 22. Oktober fand in Warschau eine Sitzung des Hauptvorstandes der Nationalen Arbeiterpartei statt. Die Beratungen leitete der Vorsitzende der Partei, Abg. Chadzyński, der einen Bericht gab über die Lage der Partei und über die letzten parlamentarischen Ereignisse. Über die Politik des Parlamentsklubs der Partei berichtete als Vertreter des abwesenden Dr. Wachowiak der Abg. Popiel. Am Ende der Beratungen wurde eine Entschließung angenommen, in der festgestellt wird, daß die Regierung der Rechten und der Piastengruppe dem Staat wirtschaftliche und finanzielle Gefahren gebracht, die arbeitende Bevölkerung in Verarmung und Elend versetzt und eine Beeinträchtigung des Ansehens der Republik Polens im Auslande zur Folge gehabt haben. Weiter heißt es in der Entschließung: „Die gegenwärtige Regierung, die durch ihre Planlosigkeit und Programmlosigkeit das finanzielle und wirtschaftliche Chaos verschlimmert und die Grundsätze der Verfassung verletzt hat und sowohl die offene Agitation als auch die geheimen Bestrebungen gegen die republikanische und demokratische Ordnung im Reiche duldet, ist nicht imstande, den Widerstand der besitzenden Klassen zu brechen, die die Lebensinteressen des Staates sabotieren, ist nicht imstande, eine Gesundung der Verhältnisse herbeizuführen. Ein weiteres Verbleiben der gegenwärtigen Regierung kann eine drohende Gefahr für die Zukunft des polnischen Staates bedeuten. Der Hauptvorstand der Nationalen Arbeiterpartei spricht seine Überzeugung aus, daß die kritische Lage des Staates und das Interesse der arbeitenden Bevölkerung den möglichst baldigen Rücktritt des gegenwärtigen Kabinetts notwendig macht und seine Ersetzung durch eine Regierung, die gestützt ist auf das Vertrauen der konsolidierten Gruppen der polnischen Demokratie, eine Regierung, die fähig wäre, die Interessen der besitzenden Klassen dem obersten Interesse des Staates unterzuordnen. Einer solchen Regierung wird die Nationale Arbeiterpartei ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Der Hauptvorstand der Nationalen Arbeiterpartei fordert seine Parteiorgane, in erster Linie die Sejmfraktion, auf, eine möglichst schnelle Verwirklichung der genannten Forderungen herbeizuführen.“

Polnische Zeitungen und Redakteure vor dem Gericht.

Ein bemerkenswertes Gerichtsurteil über den Regierungsaufruf.

Vor einigen Tagen hat die Krakauer Staatsanwaltschaft das in Krakau erscheinende Blatt „Nowy Dziennik“ wegen Veröffentlichung eines Artikels konfisziert, worin der bekannte Regierungsaufruf anläßlich der Warschauer Katastrophe einer Kritik unterzogen wurde.

Nunmehr hat das Krakauer Bezirksgericht diese Beschlagnahme aufgehoben. In der Begründung dieses Gerichtsurteils heißt es: Das Gericht teilt nicht die Auffassung der Staatsanwaltschaft. Vor allem qualifiziert die Staatsanwaltschaft die Ueberzeugung des Verfassers der inkriminierten Absätze des ersten Artikels irrig. Danach soll die Nachricht vom Zusammengehen der Rechtsparteien mit der Regierung zum Zwecke der Einführung der Diktatur eine falsche, die öffentliche Sicherheit gefährdende Botschaft sein. Eine solche Botschaft ist jedoch nicht imstande, in der Gesellschaft, von der verschiedene Teile sich bereits für die Einführung der Diktatur ausgesprochen haben, Unruhe zu entfachen. Beide beanstandeten Artikel wollen nur darauf hinweisen, daß der Aufruf der Regierung anläßlich der Explosion in der Zitadelle eine verfrühte und unbedachte Handlung war, die sich nicht auf Ergebnisse der kaum eingeleiteten Untersuchung stützte, und daß der Aufruf eine Panik in der Gesellschaft verursacht habe. — Die Absicht, die diesem Antikel zugrunde lag, ist die Beanstandung der Richtigkeit der Annahme, daß ein verbrecherischer Anschlag die Ursache der Katastrophe gewesen sei. Der Artikel sollte damit beruhigend auf die öffentliche Meinung wirken, die durch die Erklärung der Regierung überrascht worden war, daß dieser Anschlag „nicht mehr allein die Entwicklung, sondern sogar den Bestand des Staates selbst bedrohe.“ — Unter solchen Umständen muß man die beanstandeten Absätze der in Frage kommenden Artikel als jedem erlaubt anerkennen; somit auch der Presse die Kritik einer Regierungshandlung gestatten, um so mehr, als diese Absätze nichts enthalten, was die Annahme rechtfertigen würde, daß diese Artikel Merkmale einer Verhöhnung und Herabsetzung der behördlichen Verfügungen oder gar der Aufreizung anderer zum Haß oder zur Verachtung der Regierung tragen.“

Redakteure des „Słowo Pomorskie“ werden wegen Beleidigung des Wojewoden Brejski verurteilt.

Das „Słowo Pomorskie“ berichtet: „Die Strafkammer des Thorner Bezirksgericht verhandelte am 19. und am 20. Oktober in drei Fällen gegen die ehemaligen verantwortlichen Redakteure unseres Blattes Rożański und Sydow, denen Beleidigung des Wojewoden von Pommerellen zur Last gelegt wurde. Rożański wurde zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt, Sydow zu 30000 Mark Geldstrafe. Beide legten gegen das Urteil Revision ein.“

Aus der polnischen Presse.

Scharfe Kritik an der Tätigkeit des Außenministers Seyda

übt der „Kurjer Polski“ in einem Aufsatz unter der Überschrift: „Ein nicht bestehendes Ministerium“ in seiner Nr. 288 (Dienstag, den 23. Oktober). Er erklärt, daß alle von Herrn Seyda veranlaßten Personalveränderungen ausschließlich von Parteirücksichten diktiert gewesen seien, und fährt fort:

„Eine der ersten Handlungen des Herrn Seyda nach Übernahme des Außenministerpostens war die Amtsenthebung des Direktors des politischen Departements, Prof. Kętrzyński, eines parteilosen, ernsten, vortrefflichen Diplomaten. Er wurde durch ein Mitglied der christlich-demokratischen Partei ersetzt, Herrn Koźmiński, von dem man nichts weiter kannte, als die Nachlässigkeit, mit der er drei Jahre hindurch als Abteilungschef die Westabteilung des Ministeriums geleitet hatte. Zu gleicher Zeit wurde plötzlich und ohne sichtbaren Grund aus dem Verwaltungsdepartement ein energischer, unparteiischer Verwaltungsbeamter entfernt, Herr Zbyszewski, und an seine Stelle trat wieder ein Nationaldemokrat, Herr Zieliński, der früher niemals Beamter des Außenministeriums war und sich jetzt gemeinsam mit dem ad hoc zum stellvertretenden Direktor des Kabinetts des Ministers ernannten Herrn Romer eifrig mit der Säuberung des Außenministeriums und der Auslandsvertretungen von nicht nationaldemokratischen Eindringlingen befaßte.

Daß Prof. Askenazy und der Vertreter Polens in Moskau, Herr Knoll, zum Rücktritt gezwungen wurden, daß der Gesandte Jurjewicz aus Bukarest abberufen wurde, daß der Chef des Pressebureaus, Targowski, und sein Vertreter, Wazowski, in fristlosen Urlaub geschickt wurden, daß der erste Sekretär Tarnowski aus Paris und Herr Mühlstein aus Brüssel abberufen wurden, daß der ehemalige Geschäftsträger in Estland, Herr Neumann, und der Abteilungschef Olszewski von ihren Ämtern enthoben wurden, — das ist ein noch lange nicht vollständiges Bild der Personalpolitik des Herrn Seyda und seiner zwei Satelliten, einer Politik, die einzig und allein durch Parteirücksichten bedingt ist und absolut nicht mit dem Wohl des ihm anvertrauten Dienstzweiges rechnet, einer Politik, die den besten und verdientesten Beamten des Außenministeriums Unrecht tut. Übrigens werden von derartigen Maßnahmen des Triumvirats, das gegenwärtig im Außenministerium das Ruder in der Hand hat, nicht nur die höheren Beamten betroffen: es genügt, Ehefrau eines ehemaligen Legionenoffiziers zu sein, um den durch „Sparsamkeit“ veranlaßten Rücktritt zu erhalten. Gleichzeitig werden aber — offenbar aus denselben Sparsamkeitsgründen — vollkommen neue Beamte angenommen. Auf diese Weise wurden zum Beispiel an die Stelle zweier zwangsweise beurlaubter „unzuverlässiger“ Beamten des Pressebureaus neun neue eingestellt, unter ihnen zwei, die vorher wegen Dienstvergehens aus dem Ministerium beseitigt worden waren.“

Der „Kurjer Polski“ wirft Herrn Seyda dann „desorganisierende Arbeit“ vor und schließt:

„Die Früchte einer solchen desorganisierenden Arbeit haben nicht auf sich warten lassen. Die lange Liste der „Erfolge“ des Herrn Seyda ist zu bekannt, als daß es nötig wäre, sie hier noch einmal vorzuführen.“

Ein Menetekel.

Der „Kurjer Krakowski“ schreibt am 18. Oktober: „An der Warschauer amtlichen Börse notierte man heute den Dollar mit 990 000 p. Mark, d. i. 1 000 000 weniger 10 000. Diese Notierung ist nicht ohne Bedeutung. Wenn wir in eine nicht ferne Vergangenheit zurücksehen, finden wir unter dem 29. Juli in Deutschland den Dollar mit 1 000 000 d. Mark verzeichnet. Das ist ungefähr 80 Tage her. Wir erreichten also den deutschen Standpunkt vor 80 Tagen. Wir raten dem Herrn Finanzminister, darüber nachzudenken, in welchem Tempo von diesem fatalen Tage an die deutsche Mark gefallen ist, deren Kurs heute 5 Milliarden 482 Millionen d. Mark für den Dollar beträgt . . .“

Schutz der nationalen Minderheiten.

Der südslawische Innenminister hat eine Verordnung erlassen, die sich gegen das herausfordernde Benehmen der Mitglieder nationaler Organisationen gegenüber Angehörigen der nationalen Minderheiten wendet. Er weist darauf hin, daß die Gesetze den Minderheiten volle Gleichberechtigung und Freiheit sichern. Darum könnten tätliche Angriffe nur als rohe Gewalt betrachtet werden, die in keinem Rechtsstaat geduldet werden könnten, um so mehr, als ein solches Vorgehen nicht geeignet sei, das nationale Selbstbewußtsein zu wecken. Gegen wirklich illoyale Staatsbürger hätten die Staatsbehörden nach dem Gesetz vorzugehen, nicht aber unverantwortliche Elemente nationalistischer Verbände. Solche Angriffe dürften daher unter keinen Umständen geduldet werden, gegen die Täter sei mit aller Strenge der Gesetze vorzugehen. Jeder Terror sei untersagt. „Ausflüchte, daß in den gegebenen Fällen die Täter nicht ermittelt werden können, betrachte ich als wissentliche Verletzung der Amtspflicht von seiten der Amtsorgane, die ich für die Dienstleistung im Polizei- und Verwaltungsdienst als unfähig erklären und gegen die ich mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgehen werde.“

Der Stein kommt ins Rollen.

Die beständige Zauderpolitik Poincarés stößt allem Anschein nach auf Widerstand von seiten Belgiens. Belgien, das unter dem Hinausschieben der Entscheidung über die Reparationsfrage wirtschaftlich leidet, will die Lösung beschleunigen und hat entsprechende Schritte bei der Reparationskommission getan.

Ein Eigenbericht der „D. A. Z.“ aus Paris meldet folgendes:

In den späten Nachmittagsstunden des Montags hat, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, die belgische Regierung ihren Vertreter in der Reparationskommission beauftragt, **die ihr übergebenen deutschen Aufzeichnungen zu den belgischen Reparationsstudien offiziell der Reparationskommission zu unterbreiten.** Es handelt sich **um die deutschen Aufzeichnungen zu den belgischen Monopolplänen,** die seitens eines Vertreters der hiesigen Kriegslastenkommission dem belgischen Delegierten in der Reparationskommission überreicht wurden und die sich vollinhaltlich decken mit den Aufzeichnungen, die Staatssekretär v. Maltzahn in Berlin dem dortigen belgischen Botschafter seinerzeit übergeben hatte. Die Bedeutung des heutigen Entschlusses der belgischen Regierung liegt darin, daß es nunmehr ganz offensichtlich wird, **daß die belgische Regierung auf eine Entscheidung drängt**

Lebhaft beunruhigt ist man über die angekündigte Absicht der deutschen Regierung, ihrerseits in einer Verbalnote sich an alle Mächte zu wenden und die **absolute Unfähigkeit Deutschlands zur Aufnahme der Naturallieferungen** darzutun. Im engen Zusammenhang damit regen die aus Berlin eintreffenden Nachrichten über den **dicht bevorstehenden völligen Bruch mit Frankreich** die Gemüter noch mehr auf. Auf einmal findet man die Version, wenn auch Frankreich nichts von seinen Forderungen aufgeben könne, so sei die Reichsregierung doch keineswegs vor ein Ultimatum gestellt, das sie zu so schwerwiegenden Entschlüssen zwinge.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich bei dem bevorstehenden deutschen Schritt in sämtlichen europäischen Hauptstädten und in Washington nicht um Überreichung einer Verbalnote, sondern um mündliche Erklärungen der amtlichen deutschen Vertreter.

Der Konflikt Bayerns mit dem Reich.

(Berliner Sonderbericht des „Posener Tageblattes“.)

Eine außerordentlich schwierige Lage ist für die Reichsregierung durch gewisse Schritte der bayerischen Regierung, über die bereits in allen Blättern berichtet wurde, geschaffen worden. Der Tatbestand ist der, daß der Generalleutnant v. Lossow, der Oberkommandierende des bayerischen Teils der Reichswehr, vom Reichswehrminister Geßler seines Dienstes enthoben und der nächstälteste bayerische Offizier, Generalmajor von Kressenstein, mit der vorläufigen Führung der bayerischen Division des Reichsheeres beauftragt wurde. Der Grund für die Absetzung von Lossows war dessen ausdrückliche Weigerung, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen. Hier hat sich nun die bayerische Regierung in den schärfsten Gegensatz zur Reichsregierung gesetzt, indem sie General von Lossow als bayerischen Landeskommandanten einsetzte und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragte. Gleichzeitig wurde der bayerische Teil der Reichswehr zwar nicht neu vereidigt, aber feierlich auf die bayerische Regierung verpflichtet, „bis zur Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Bayern und dem Reiche“. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um einen glatten Bruch der Weimarer Reichsverfassung.

Welches war eigentlich die Ursache des ganzen Konfliktes? Dies ist von der Presse vielfach nicht deutlich hervorgehoben worden oder wieder dem Gedächtnis entschwunden. Den Anlaß zu der ganzen Krise gab ein Artikel der Münchener Zeitung „Der völkische Beobachter“, die ihren Standpunkt ganz weit rechts genommen hat. Dieser Artikel beschäftigte sich in außerordentlich persönlicher Weise mit dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, mit dem Reichspräsidenten und mit dem Reichskanzler. Die Offiziere der Reichswehr wurden unter anderem in diesem Artikel aufgefordert, einem Manne wie Seeckt, dessen nationale Gesinnung bezweifelt werden müsse, den Gehorsam zu verweigern.

Auf diesen Artikel wurde in Berlin der Reichskanzler aufmerksam. Auch der bayerische Gesandte in Berlin, von Preger, war über den Artikel empört. Der Reichskanzler erklärte dem Reichswehrminister Geßler, daß ein Befehl zwecks Verbots des „Völkischen Beobachters“ erlassen werden müsse. Dr. Geßler ließ also General von Lossow den Befehl zugehen. General von Lossow aber führte ihn nicht aus, da ihm sonst ein Zusammenarbeiten mit der bayerischen Regierung unmöglich geworden wäre; er verständigte vielmehr den bayerischen Generalstaatskommissar davon. Der von der bayerischen Regierung eingesetzte Generalstaatskommissar von Kahr erklärte, daß das Verbot einer Zeitung nicht Sache des militärischen Befehlshabers sei, sondern zweifellos zur Zuständigkeit des bayerischen Generalstaatskommissariats gehöre. Reichswehrminister Dr. Geßler habe also durch seinen Befehl in die Polizeihoheit Bayerns eingegriffen. Infolgedessen wurde der Befehl nicht durchgeführt, der „Völkische Beobachter“ erschien weiter und General von Lossow wurde von General von Seeckt abgesetzt. Daraufhin erfolgten die bekannten Gegenmaßnahmen der bayerischen Regierung, die in der Verpflichtung der bayerischen Reichswehrdivision auf den bayerischen Staat am Montag, dem 22. Oktober, gipfelte.

Von neuem also, wie schon vor einem Jahre bei der Einführung des Gesetzes zum Schutze der Republik, tritt Bayern in einen scharfen Gegensatz zum Reich, und es zeigt sich, daß die in Weimar eilig gezimmerte Verfassung für Bayern immer wieder zum Stein des Anstoßes wird. Man hat, wie es scheint, das Reich zu stark unitarisch gestaltet und gerade dadurch erweist sich nun der Zusammenhalt des Reiches als gefährdet. Man schritt damals über die bayerischen Bedenken und Rechtsverwahrungen hinweg, man sah Dinge formal-verfassungsrechtlich, die praktisch staatsmännisch gesehen sein wollten. Bismarck hatte seinerzeit bei der Reichsgründung ängstlich und behutsam den bayerischen Auffassungen nachgespürt und ihnen, soweit irgend möglich, Rechnung getragen.

Wenn man die Dinge so auffaßt, daß hier auf dem Wege der Selbsthilfe der Versuch gemacht wurde, einen Fehler der Weimarer Verfassung zu korrigieren, so braucht man noch nicht anzunehmen, daß die Reichseinheit darüber zugrunde gehen wird. von Kahr hat die Motive der bayerischen Regierung dargelegt. Er betonte dabei, **daß Bayern jeden Separatismus und Partikularismus weit von sich weise.** Die bayerische Regierung glaubt für den deutschen Gedanken zu kämpfen und in ihrem Vorgehen eine nationale Pflicht gegen den Internationalismus und Marxismus zu erfüllen. Auch glaubt von Kahr sich auf Artikel 48, Absatz 4 der Reichsverfassung stützen zu können.

Der letzte Grund für das Vorgehen Bayerns liegt in dem Mißtrauen gegenüber der gegenwärtigen Reichsregierung. Dieses Mißtrauen beruht auf der Empfindung, daß die sozialdemokratische Partei einen zu großen Einfluß auf die Berliner Regierung habe. Bayern verlangt eine Reichsregierung, die den bayerischen Wünschen nach einer antimarxistischen Politik Rechnung trägt. „Nur die Regierung“, so schreibt der „Tag“ zur gegenwärtigen Lage, — „und möge sie aus drei Männern bestehen —, garantiert die Wiederherstellung der Landeseinheit, welche entschlossen sich auf den Boden der Tatsachen stellt und energisch genug ist, um mit eiserner Faust das Reichsgefüge zusammenzuhalten. Regierungssysteme und Regierungen vergehen, sind vergangen und werden noch weiter vergehen, aber das Deutsche Reich muß unvergänglich bleiben, muß die Strömungen überleben und muß namentlich die Bewegungen überwinden, die ihm seit der Revolution nichts als Gift zugeführt haben.“

Die Berliner Regierung hat, wie es scheint, den Fehler gemacht, die bayerische Gesinnung zu verkennen. Oder hat sie geglaubt, diese Stimmung als gleichgültig behandeln zu können? Man müßte sich sagen, daß das Verbot des national gesinnten und in Bayern sehr verbreiteten Blattes eine zu harte Zumutung war, besonders zu einer Zeit, wo Bayern so wie so mit der Berliner Politik unzufrieden und infolge der Lage des Reiches das Nationalgefühl stark erregt ist. Jetzt kann die verfahrene Lage nur dann wieder einigermaßen ins Gleiche gebracht werden, wenn man an der Wilhelmstraße die Selbstbescheidung hat, den Prestigegesichtspunkt auszuschalten. Eine gewisse staatsmännische Größe gehört freilich dazu, um so schwierige politische Fragen nicht vom Standpunkt des menschlichen Gekränktseins aufzufassen.

Außerdem sollte sich die Frage vorliegen, ob nicht tatsächlich der seit der Revolution fortdauernd bedeutende Einfluß der sozialdemokratischen Partei auf die Reichsregierung eine Hemmung ist und einer gründlichen Revision bedarf. Der Sozialist Dr. Hilferding, der kürzlich einige Zeit Reichsfinanzminister war, hat das Verdienst, auf einer Tagung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre den Mut der Wahrheit gehabt zu haben. Er erklärte offen, daß der Machteinfluß der Sozialdemokratie immer mehr schwinde, und zwar durch die Schuld der sozialdemokratischen Politik selbst.

Reichskanzler Stresemann steht vor schweren Entscheidungen. Es ist die Frage, ob die Reichsregierung regieren oder sich die Verhältnisse über den Kopf wachsen lassen will. Wenn auch die Haltung Bayerns im Prinzip verständlich ist, so muß doch erwartet werden, daß Bayern einen Weg findet, um der Reichsregierung ohne allzu großen Prestigeverlust ein Einlenken zu ermöglichen.

Übrigens hat der „Völkische Beobachter“, der den Anlaß zu dem ganzen Konflikt gegeben hat, wenn auch die wahren Ursachen tiefer liegen, klein beigegeben und eine Entschuldigung an General von Seeckt veröffentlicht. Nur auf bestimmte Zusicherung des Chefredakteurs, künftig derartige Angriffe gegen die Reichsregierung zu unterlassen, wurde dem Blatte das Wiedererscheinen gestattet.

Der Wortlaut der Verpflichtung der bayerischen Truppen.

Die bayerische Division der Reichswehr ist am Montag vormittag in ihren Standorten auf folgende Formel verpflichtet worden: „Auf Grund des mir soeben vorgelesenen Aufrufes der bayerischen Staatsregierung bekenne ich, daß ich **von der bayerischen Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich** in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten.“

Die Verpflichtung der Münchener Truppen wurde vom Stadtkommandanten, General v. Danner, im Hofe der Kaserne des früheren 2. Infanterieregiments vorgenommen. Nach einer Ansprache des Landeskommandanten v. Lossow spielte die Musik das Deutschlandlied. Nach einem Vorbeimarsch vor dem Landeskommandanten zogen die Truppen mit klingendem Spiel in ihre Quartiere. Der Abdruck des Aufrufes des Generals v. Seeckt in Bayern wurde verboten und wegen dieses Abdrucks wurde die zweite Ausgabe der „Demokratischen Sonntagszeitung“ beschlagnahmt.

Von bayerischer Seite wird besonders betont, daß es sich nicht um einen Eid, sondern nur um eine feierliche Verpflichtung handle.

Einmarsch der Ordnungstruppen in Sachsen

Die zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Sachsen bestimmten Truppen der Reichswehr haben sich, wie aus Dresden gemeldet wird, planmäßig am 21. Oktober unter Führung des Generals Felsch im Raume Königsbrück—Bischofswerder—Dresden, unter Führung des Generals von Ledebour um Leipzig und Eilenburg und unter Führung von Oberst Föhrenbach um Hof versammelt. Bei den Truppen um Hof handelt es sich um württembergische Verbände. Am 22. Oktober haben die Truppen den Vormarsch angetreten und werden an diesem Tage die Gegend von Lohmen, die Gegend nördlich von Dresden und Meißen, Naunhof—Wurzen, Oelsnitz—Plauen erreichen. Auf Kavallerie, die in Meißen einrückte, wurde geschossen. Die Truppen erwiderten das Feuer. Es gab mehrere Verletzte. Ein Kommunistenführer wurde verhaftet.

Straßenkämpfe in Hamburg?

Die „Wiener Allg. Ztg.“ meldet aus Hamburg, daß es am Dienstag, dem 22., dort zu Straßenkämpfen kam. Die Behörden behielten die Oberhand gegenüber den kommunistischen Aufrührern.

Kämpfe in Aachen und Wiesbaden.

Nach den neuesten, sehr unklaren Meldungen, die Pat. aus französischen Quellen bringt, soll es in Aachen doch zu Kämpfen gegen die Separatisten gekommen sein. In den Straßen fanden Feuergefechte zwischen der Polizei und den Sonderbündlern statt. Der Ausgang sei noch unbekannt. Auch die Bevölkerung, die das französische Blatt „Journal“ als „Aufständische“ bezeichnet, habe sich gegen die Separatisten gewendet.

In Wiesbaden sollen Sturmabteilungen Dortens die rheinische Flagge auf den Amtsgebäuden gehißt haben. Als sich Volksmengen sammelten und die Separatisten mit Schmähungen überhäuften, feuerten diese in die Menge und verwundeten 10 Personen. Französische Kavallerie patrouilliert in den Straßen.

Die Gründung der Rentenbank.

Am Sonnabend wurde im Reichsfinanzministerium der Gründungsakt der Deutschen Rentenbank vollzogen. Reichsfinanzminister Dr. Luther begrüßte die Gründer mit einer Ansprache. Die Rentenbank habe die Aufgabe, durch Emission der Rentenbankscheine dem Verkehr das dringend nötige **notbeständige Zahlungsmittel zu beschaffen**, um die Volksernährung zu sichern. Zugleich soll die Reichsbank entlastet werden. Infolge der Ablösung der schwebenden Schuld werde die Reichsbank Reichsbanknoten in entsprechendem Maße aus dem Verkehr ziehen. Die hierdurch zu erwartende bessere Bewertung der Papiermark werde auf die Preisentwicklung einen mäßigenden Einfluß haben und beruhigend wirken. Auch für die Entwicklung der Reichsfinanzen bedeutet die Errichtung der Rentenbank einen Wendepunkt, da das Reich auf die unbeschränkte Inanspruchnahme der Notenpresse verzichtet hat.

Zum Präsidenten der Rentenbank wurde der ehemalige preußische Finanzminister Dr. Lentze gewählt.

Graf Kanitz Ernährungsminister?

Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt ist es wahrscheinlich, daß der Reichstagsabgeordnete Graf Kanitz den Posten des Ernährungsministers im Reichskabinett übernehmen wird. Graf Kanitz ist vor einigen Tagen aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten, weil er es ablehnt, die Verantwortung für die von den Deutschnationalen betriebene Politik noch weiter zu tragen. Auch von anderen hervorragenden Mitgliedern der Deutschnationalen Partei soll, wie gemeldet wird, diese Politik entschieden verurteilt werden. Mit der jetzt in Aussicht genommenen Ernennung des Grafen Kanitz zum Ernährungsminister steht sein Austritt aus der Fraktion, der schon lange vor der Einleitung dieser Angelegenheit beabsichtigt war, in keinem Zusammenhang. Als einer der größten landwirtschaftlichen Grundbesitzer in Ostpreußen ist Graf Kanitz mit den Fragen der landwirtschaftlichen Produktion und der Volksernährung genau vertraut. Als Schwiegersohn des Freiherrn v. Tiele-Winkler steht er auch zu den Kreisen der schlesischen Landwirtschaft in engen Beziehungen.

Frankreichs Gewaltpolitik gegen die Schweiz

Der schweizerische Bundesrat hat in der Zonenangelegenheit eine Sitzung abgehalten, in der neue Vorschläge der Genfer Handelskammer erörtert wurden. Dies Gutachten stellt auch den Status quo her, enthält aber einige Änderungen, so die der Umgrenzung der Freizonen in dem Sinne, daß einzelne Ortschaften auf französischem Gebiete bei der Neuregelung berücksichtigt werden. Der Schweizer Gesandte in Paris wurde am Sonnabend von Poincaré empfangen. Er hat die französische Regierung gebeten, mit der Beantwortung der Schweizer Note bis nach seiner Unterredung zu warten. Die Schweizer Presse spricht immer mehr von einem Appell an den Völkerbund. Hierfür trat auch der in Zürich zusammengetretene Bund für die Unabhängigkeit der Schweiz ein. General Wille erklärte u. a., daß es nicht nur für das Fortbestehen der Schweiz als selbständiger Staat notwendig sei, daß die Schweiz moralisch siegreich aus dieser Frage hervorgehe, sondern daß dies auch für die europäische Politik von größter Bedeutung sei. Es werde dann ein Grenzstein errichtet gegen die furchtbare Machtpolitik, die von dem Versailler Diktat ausgehe.

Warnungsruf Lloyd Georges.

Vor einer riesigen Versammlung in Chicago legte Lloyd George des längeren Englands Standpunkt in der deutschen Reparationsfrage dar. Er verurteilte die französische Ruhrpolitik und unterstützte Hughes' Weihnachtsvorschlag einer internationalen Wirtschaftskonferenz. Nachdem er Deutschlands Ausraubung und die bisher geleisteten Zahlungen beschrieben hatte, wobei er sich gegen den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit verwahrte, sagte Lloyd George: „Wenn die gegenwärtige französische Politik fortgesetzt wird, so sage ich voraus, daß es keine weiteren Reparationszahlungen gibt, sondern an ihrer Stelle eine Revolution von 60 Millionen Deutschen. Zum Äußersten getrieben, werden sie jeden sich bietenden Ausweg einschlagen. Ich sehe einen Orkan kommen, und wenn der Steuermann nicht den gegenwärtigen gefährlichen Kurs ändert, ist ein Schiffbruch unvermeidlich. Georges Warnungsruf erregte großes Aufsehen und fand allgemeine Zustimmung in der Chicagoer Presse.

Eine neue Balkan-Allianz?

Aus Konstantinopel liegt eine Meldung vor über eine angeblich neue Balkanallianz. Die türkische Zeitung „Tanin“ erfährt aus diplomatischer Quelle, daß demnächst in einer italienischen Stadt eine Konferenz abgehalten werden soll, an der die bevollmächtigten Vertreter Bulgariens, Italiens, Albaniens und der Türkei teilnehmen werden. Zweck dieser Konferenz sei, eine Vereinbarung der genannten Staaten über die aktuellen Balkanfragen herbeizuführen. Die übrigen türkischen Zeitungen bemerken hierzu, daß die Konferenz zum Abschluß eines Bündnisses führen werde, das in den Balkanfragen ein Gegengewicht gegen die Kleine Entente bilden wird.

Die Türkei nach der Beseitigung der Kapitulationen.

Die türkische Delegation, an deren Spitze Adnan Bey steht, und die die Aufgabe hat, über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Österreich zu verhandeln, hat von der Angoraregierung den weiteren Auftrag erhalten, mit den Vertretern der neutralen Staaten über die durch die Beseitigung der Kapitulationen geschaffene Lage zu verhandeln. Ein Abkommen, das zwischen der türkischen Regierung und den fremden Konzessionsgesellschaften geschlossen wurde, bestimmt, daß außer dem Generaldirektor und dem Oberbuchhalter alle anderen Angestellten der Gesellschaften Türken sein müssen.

Die Türkische Nachrichtenstelle teilt mit, daß Herr August Kral von der österreichischen Gesandtschaft in Sofia in Konstantinopel eingetroffen ist, um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei vorzubereiten.

Die Vertreter der auswärtigen Mächte haben der türkischen Regierung mitgeteilt, daß sie ihre Bureaus aus Mangel an angemessenen Baulichkeiten nicht nach Angora verlegen können und sich lediglich damit begnügen werden, Unterbeamte nach der neuen türkischen Hauptstadt zu entsenden.

Aus aller Welt.

Revolution in Griechenland? In Griechenland soll eine Revolution ausgebrochen sein, die von einigen Generalen ausgeht.

Neues vom Tage.

§ **Eine Milliarde durchs Fenster.** Aus München wird gemeldet: Auf der Mehlverteilungsstelle in Gundelheim, einem Stadtteil von Ludwigshafen, warf der Bäckermeister Günzel eine Milliarde Mark, deren ungebündelte Annahme ihm verweigert worden war, kurzerhand zum Fenster hinaus. Die herumflatternden Scheine fanden auf der Straße schnelle Abnehmer.

§ **Das Krähberg-Rennen des Hessischen Automobilklubs,** das dieser Tage unter starker Beteiligung aus ganz Deutschland stattfand, endete mit einem schweren Unfall, so daß es vorzeitig abgebrochen werden mußte. Der Fahrer Heußer aus Schmalkalden wollte in voller Fahrt einem über den Weg laufenden Knaben ausweichen, wobei der Wagen ins Rutschen geriet und sich mehrere Male überschlug. Ein 17jähriges junges Mädchen, das an der Straße zusah, wurde von dem Wagen getötet und der über die Straße laufende Junge lebensgefährlich verletzt. Der Fahrer selbst und sein Chauffeur erlitten gleichfalls lebensgefährliche Quetschungen und wurden ins Krankenhaus Erbach gebracht.

§ **Ein Riesentunnel auf Neuseeland.** Der Tunnel von Otira auf Neuseeland, der die Länge von 8½ Kilometern hat, ist jetzt vollständig in Gebrauch genommen worden. Das Bohren des Tunnels, der die Südalpen der Insel durchstößt und die Ost- und Westküste der Südinsel miteinander verbindet, bedeutet einen Markstein in der Entwicklung dieses Landes. Die Züge, die durch den Tunnel laufen, sind die ersten elektrischen Lokomotiven auf Neuseeland, und da der Anstieg, der im Tunnel zu überwinden ist, äußerst steil ist, mußten ganz besonders gebaute Maschinen verwendet werden. Der Tunnel, der in den massiven Stein hineingesprengt wurde, hat eine gewaltige Arbeitsleistung erfordert.

§ **Ein Romanschriftsteller als Universitätsrektor.** In England hat sich der seltene Fall ereignet, daß ein Literat zum Universitätsrektor ernannt worden ist: es ist der Dichter und Romanschriftsteller Rudyard Kipling, der jetzt die Rektorswürde der schottischen Universität St. Andrews bekleidet. Bei der feierlichen Übergabe der Rektoratsinsignien an Kipling war der Premierminister Baldwin zugegen. Kipling hielt seine Antrittsrede über den schottischen Dichter Robert Burns, dessen Unabhängigkeitssinn er vor allem hervorhob.

Sie wissen doch

das wirklich Gute bleibt immer das Billigste. Dies ist im besonderen bei dem altbewährten „Aechten Franck“ der Fall. Er ist der preiswerteste, weil er der ausgiebigste ist. Es genügt davon im Verbrauche schon die Hälfte als von minderem Kaffee-Zusatze. Deshalb verwenden Sie im eigenen Interesse nur solche Kistel und Pakete Kaffee-Zusatz, welche mit der Fabrikmarke: Kaffeemühle und mit der Firma Heinrich Franck Söhne versehen sind.

ALEKSANDER DUMAS

W. STĘPKA, Dentist
Wielkie Garbary (fr. Gr.Gerberstr.) 18
Sprechstunden 9½—12½ und 3—5½ Uhr.

Wolle, ungewaschene, kaufe ich und zahle die höchsten Preise. Tausche Wolle aus gegen Strickwolle, Wollwaren, Trikotagen u. Teppiche eig. Fabrik.
W. Olszański, Poznań (862
św. Marcin 56. — Tel. 20-31.
Ich bitte auf meine seit 1916 bestehende Firma zu achten.

500 Reisigbesen,
gut gebunden,
20 Futterkörbe,
dauerhaft, **zu kaufen gesucht.**
Muster mit **Preisangabe** an
Huggerbrauerei Tow. Akc.

Kaufmänn. Leiter
möglichst aus der Sprit-, Spirituosen- oder Likörindustrie zur
Leitung einer großen Aktiengesellschaft
dieser Branche für Oberschlesien sofort gesucht. Es kommen aber nur Herren in Frage, welche Ia Zeugn. und Referenzen besitzen und den Nachweis erbringen können, daß sie zur Leitung eines solchen Unternehmens befähigt sind. Eine gute Wohnung wird zur Verfügung gestellt. Bedingung: Der polnischen und deutschen Sprache in Wort u. Schrift mächtig.
Offerten unter **Nr. 9602** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Wegen Eintritt des jetzigen Beamten zum Militärdienst findet per sofort ein]9683
Assistent
für Hof- und Feld auf hiesiger Verwaltung Stellung.
Dom. Langguhle, Post Bojanowo.

Erstklassige
Stenotypistin
für Lodz zum sofortigen Antritt gesucht.
Off. mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unt. **„M. F. 67"** an die **Internationale Annoncen-Expedition „Atar",** Inh.: **Alfred Toegel, Lodz,** ul. Piotrkowska 185 zu richten.

Suche ein anständige, freundliche und fleißige Person als
Stütze
die alle im Hause vorkommenden Arbeiten verrichtet (Küchenmädchen vorhanden. Wirtin halte ich nicht Außenwirtschaft ist nicht). Koche selbst mit Hilfe meiner Stütze. Kleiner Geflügelbestand ist mitzubesorgen. Haushalt 3 Damen. Gute Behandlung, eigenes Zimmer. Bitte um nähere Angaben.
Frau von Seydlitz,
Dom. Wieniec, b. Mogilno.

Stellengesuche.

Bureaubeamter,
deutsch, evgl., sucht für sofort Stellung auf Gut, in Genossenschaft oder in ähnlichem Unternehmen als **Kassierer, Rendant, Schriftführer oder ähnl. Beschäftigung.** Angebote erbet. unt. **F. H. 9636** an die Geschäftsst. dies. Blattes.

Jg. rout. Buchhalter,
versiert mit allen vork. Büroarbeit., sucht, gestützt auf Ia Empf. u. Zeugn., per 1.11.23 entsprech. Position. Gefl. Ang. u. **9686** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Int., evgl. jg. Frau sucht Stellung als
Stütze der Hausfrau
mit Familienanschluß, ab 1. 11. 23. Solche a. d. Gute bevorzugt. Gefl. Off. u. **9593** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

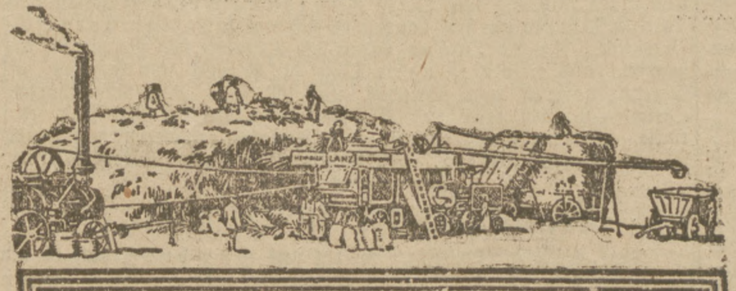
Intellig. jg. Mann (m. Einj.-Schein), der ½ J. in der **Maschinenschlosserei** und ½ J. in der **Elektrotechnik** gearb. hat, **sucht** z. 1. Novemb. cr. **Stellung,** a. l. in Stadt Posen. Er würde auch zur **Installationsbranche** übergehen. — Er spricht auch polnisch. — Gefl. Angeb. unt. **L. M. 9641** an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Fräulein aus bess. Familie **sucht** z. 1. November od. später **selbständige Stellung** als **Wirtschafterin** in Stadt od. größ. Landhause, evtl. bei ält. Ehepaar. — Angebote unt. **R. 9635** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Intellig. jg. Wienerin, evgl. Religion, musik., poln. Sprache mächtig, im Haushalt u. Kochen perfekt, sucht Stellung als
Wirtschafterin
in frauenlos. Haush. ab 1. 11. Gefl. Off. u. **9592** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Confiserie Walerja Patyk
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6 (neben der Post)
Gegr. 1901. Telephon 3833. Schließfach 330.
Erstkl. Konfitürengeschäft am Platze
empfiehlt täglich frische Waren in **großer Auswahl.**
Ständige Ausstellung künstlerisch ausgeführter Bonbonnieren.

Dampfpflug „Kemna"
fast neu, fertig zum Pflügen,
zu verkaufen
unter günstigen Zahlungsbedingungen.
Centrala Pługów Parowych T. z o. p.
Maschinenfabrik
Poznań Z. 3, Tel.-Adr.: „Centropług".





Die weltberühmten
Dampfdreschgarnituren
sind wieder zu haben
Generalvertretung:
Nitsche i Sp., Maschinenfabrik
Poznań, św. Marcin 33.

Gezwungen, wegen Lungenseuche einen Kuhbestand von 90 Stück abschlachten zu lassen, bitte ich
Berufsgenossen mit seuchenfreien Ställen welche zuchtbrauchbare Kühe verkaufen
wollen, diese mir unter Adresse:
Rentamt der Herrschaft Smolice Post, pow. Gostyń
anzubieten, unter Angabe von Alter, Gewicht, Farbe. Preisforderung gegen sofortige Kasse und nächster Vollbahnstation. — Abnahme hoffe ich Anfang November zu ermöglichen.
Auch bin ich Käufer für gesunde zeckenfreie Schafe,
wobei ich Weißnasen, noch zuchtbrauchbare alte Muttern oder diesjährige Frühjahrs-Lamm-Muttern bevorzuge, und bitte eventl. Offerte nach oben erbetenen Angaben für Kühe.
L. Graf Zieten, Smolice.

1 Kinderwagen
wird zu kaufen gesucht. Ang. m. Preis u. **9680** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Einfacher Privatbeamter sucht zu sofort oder 1. 11. 23
möbl. Zimmer.
Zentrum od. Wilda bevorzugt. Off. u. **F. 9675** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Student sucht ein
möbl. Zimmer,
womögl. für Unterricht. Ang. u. **9687** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gutmöbliertes Zimmer
an nur besseren Herrn (evtl. auch Dame) per 1. 11. 23 zu vermieten. Off. u. **9685** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

ALEKSANDER DUMAS

Spielplan des Großen Theaters.
Dienstag, den 23. 10. 23: **„Die schöne Helena",** Komische Oper von Offenbach.
Mittwoch, den 24. 10. 23: **„Troubadour",** Oper von Verdi.
Donnerstag, den 25. 10.: **„Hoffmanns Erzählungen",** Oper v. Offenbach.
Freitag, den 26. 10. 23: **„Glocken von Corneville",** Komische Oper von Planquette.
Sonnabend, den 27. 10. 23: **„Die toten Augen",** Oper von d'Albert.
Sonntag, den 28. 10. 23, nachm. 3 Uhr: **„Halka",** Oper von Moniuszko. (Ermäßigte Preise.)
Sonntag, den 28. 10. 23, abends 7½ Uhr: **„Maskenball",** Oper von Verdi.

KINO Colosseum św. Marcin 65.
Fatty? Fatty?
Fatty, der König des Humors,
tritt täglich auf in unserem vortreffl. Programm:
„Platzende Lachgranaten".
Das Programm ist zusammengestellt aus Komödien des gesunden Humors, die unaufhörlich Lachsalven hervorrufen.

Meine **„Briefmarken-Zentrale"** habe ich von Św. Marcin 60 nach meiner Wohnung
ul. Grottgera 13
part. rechts
Querstr. der ul. Matejki, verlegt. Größte Auswahl in Briefmarken, Alben und Bedarfsartikeln.
Hochachtungsvoll
Heinz Tyrocke.

Wir bieten antiquarisch, gut erhalten, zum Kauf an:
Platen, Die neue Heilmethode, 3 Bde., eleg. gebunden.
Meyer's Konversations-Lexikon, 18 Bde., gebunden.
Brockhaus, Konversations-Lexikon, 17 Bde., gebunden.
Shakespeare's Werke, 8 Bde., gebunden.
Shakespeare's Werke, 5 Bde., gebunden.
Goethe's Werke, 12 Bde., gebunden.
Goethe's Werke, Groß-Oktav-Ausg., 6 Bde., geb.
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Abt.: **Versandbuchhandl.,** Zwierzyniecka 6.

Browar Gnieźnieński
daw. E. Welsch
Towarzystwo z ograniczoną poręką.

Die Herren Gesellschafter werden hiermit zu der am **17. Nov. 1923, nachm. 4 Uhr, in der Brauerei hierselbst** stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung** eingeladen. (9682
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über das verflossene Geschäftsjahr durch den Geschäftsführer.
2. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz.
3. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns.
4. Anträge aus der Versammlung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
E. Mielke.
Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung liegt im Kontor der Brauerei zur näheren Einsicht der Gesellschafter aus.

Wir bieten antiquarisch, gut erhalten, zum Kauf an:
Goethes sämtl. Werke
vollständige Ausgabe, in 6 Bänden gebunden
Erstlingsauflage
Gross-Oktavformat
seltenes Exemplar
(Cottascher Verlag)
vorzüglicher Druck
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandlung
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.



Hersteller: Urbin-Werke, G.m.b.H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: M. Tila, Poznań, Grochowe Łąki 4.

Wohnungstausch!
Zwei Wohnungen,
je 3 Zimmer, Küche, Korridor und Gasbeleuchtung, tausche in Leipzig-Lindenau geg. gleiche in Posen. Offert. u. **R. 9689** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 24. Oktober.

Die Kirchliche Woche in Thorn.

I.

Aus allen evangelischen Gemeinden, vom nördlichsten Pommerellen bis zum südlichsten Posen, sind Teilnehmer an der Kirchlichen Woche nach Thorn gekommen, mehr als man bei diesen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen erwarten durfte. Aber diese erfreulich große Anteilnahme an der umfassendsten Veranstaltung der unierten evangelischen Kirche zeigt, wie groß das Bedürfnis ist, eine evangelische Einheit zu werden und über den Nöten der Einzelgemeinde das Verständnis für die großen Fragen der Gesamtkirche und der evangelischen Allgemeinheit nicht zu verlieren. Und gerade dieses Verlangen nach Einigkeit, das Suchen nach dem immer festeren Zusammenschluß und das Zusammenwachsen in eine Arbeitsgemeinschaft wird die reichsten Früchte für das evangelische Leben in jeder Einzelgemeinde und damit für das Glaubensleben jedes Gemeindegliedes bringen. Darum ist die Kirchliche Woche auch diesmal wieder, trotz aller dagegensprechenden Schwierigkeiten und Zeitnöte gewagt worden und dieses Wagnis wird nicht bereut werden. Auch die Thorner evangelische Gemeinde beweist durch ihre weitgehende Gastfreundschaft, daß alle Sorgen und Nöte des Einzelnen evangelische Bruderliebe und das Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht haben vergessen lassen.

Leider wartete der Teilnehmer an der Kirchlichen Woche eine große Enttäuschung. Wie schon wiederholt bekannt gemacht, war geplant worden, daß diesmal Missionsinspektor Beyer den evangelischen Gemeinden durch Predigt und religiöse Vorträge dienen sollte. Aber alle sorgfältigen Vorbereitungen von seiten der Veranstalter sind, wie es nun schon Gewohnheit geworden ist, durch die Verweigerung der Einreisegenehmigung nutzlos geworden. Auch das Oberhaupt der unierten evangelischen Kirche in Polen, Generalsuperintendent D. Blau, wird durch Krankheit daran gehindert, der Kirchlichen Woche beizuwohnen. Die Veranstaltungen selbst werden aber durch das Nichterscheinen der beiden Redner keineswegs gekürzt, sondern es sind andere Herren sofort freundlicherweise dafür eingesprungen.

Der erste Nachmittag brachte, wie gewöhnlich, einen Festgottesdienst in der ehrwürdigen Thorner Altstädtischen Kirche, in dem Geheimrat D. Staemmler aus Posen die Festpredigt über das Wort aus dem 1. Petrusbrief 2, 6—9 hielt. Was die diesjährige Kirchliche Woche sein soll, davon gab die lebendige Predigt ein anschauliches Bild. Sie soll die Gemeinden einen auf dem festen Grund, auf dem die evangelische Kirche steht, daß sie als lebendige Glieder dem heiligen Zweck, zu dem sie bestimmt sind, dienen.

Den ersten Abend hatte die Thorner evangelische Gemeinde für ihre Gäste wiederum in der festlich geschmückten Altstädtischen Kirche veranstaltet. Nach einer Begrüßung durch den Ortsgeistlichen Pfarrer Heuer, der der Kirchlichen Woche und dem evangelischen Leben in unserem Gebiet ein mutiges Dennoch als Losung gab, eröffnete Geheimrat D. Staemmler die Tagung und rief die Gemeinden, die Männer, die Frauen und die Jugend auf zur tätigen Mitarbeit und freudigen regen Anteilnahme am kirchlichen Leben. Dann schilderte Pfarrer Heuer in längeren Ausführungen die Geschichte des Evangeliums in Thorn. Thorns Steine reden und legen Zeugnis ab von der unerschütterlichen Treue glaubensstarker Männer, von der alles daransetzenden Opferwilligkeit der Bürger, die um den Bau einer Kirche ringen mußten und mit unsagbaren Schwierigkeiten ihren evangelischen Glauben durch alle Anfechtungen und Unterdrückungen hindurchretteten. Und das herrlichste Zeugnis von Bekenntnisfreudigkeit, der schreckliche Tod der neun Thorner Bürger am 7. Dezember 1724, er mahnt das heutige Geschlecht, das so leicht müde werden und seine Sache aufgeben will, auszuhalten, treu zu sein und zu wirken für Gottes Reich und Seine Kirche.

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge.

Die von Generalsuperintendent D. Blau angekündigte Vortragsreihe über „Kultur und Christentum" umfaßt folgende sechs Vorträge: 1. Das Problem. 2. Christentum und Familie. 3. Christentum und Staat. 4. Christentum und Wirtschaftsleben. 5. Christentum und Wissenschaft. 6. Christentum und Kunst. — Die Vorträge finden im Konfirmandensaal der Kreuzkirche Dienstags um 6 Uhr statt. Beginn — bei genügender Teilnehmerzahl — am Dienstag, dem 6. November.

Herr Superintendent Rhode gedenkt über die „Religiösen Gärungen und Strömungen zur Zeit der Entstehung des Christentums in ihrer Bedeutung für die heutigen religiösen Neubildungen" zu sprechen, und zwar in 8 Vorträgen mit folgendem Programm: 1. Der Verfall der klassischen mythologischen Religion, — der behauptete Bankerott des Christentums. 2. Das Aufkommen der mystischen Religionen, des Orphismus und Neupythagoräismus, — die heutige Mystik. 3. Die ägyptischen und morgenländischen Kulte, — der Neubuddhismus. 4. Israelitischer und außerisraelitischer Messianismus, — der heutige religiöse und wirtschaftliche Chiliasmus. 5. Die popular-philosophische Umbildung des Platonismus und Stoizismus, — der heutige philosophische Eklektizismus. 6. Die Hellenisierung der israelitischen Religion, — der heutige Kampf gegen das alte Testament. 7. Die Vorläufer der Gnosis, — der Spiritismus und die Antroposophie. 8. Der Einfluß aller dieser Faktoren auf das neu sich bildende Christentum, — die Krisis des Christentums. — Ort, Tag und Stunde dieser Vorträge wird noch besonders bekannt gegeben werden.

Herr Dr. Loewenthal wird in 6 Vorträgen über den Wortschatz der polnischen Sprache sprechen, und zwar mit folgendem Programm: 1. Der allgemeine Charakter des polnischen Wortschatzes. Ursprünglich polnische Bestandteile. Alte Entlehnungen. Moderne Fremdwörter. 2. Der Wortschatz des täglichen Lebens. 3. Die Bezeichnungen der Pflanzen und Tiere und der Wortschatz der Landwirtschaft. 4. Der Wortschatz des Handels und des Gewerbes. 5. Der Wortschatz der Kirche und der Wissenschaft, des Rechts und des Staates. 6. Die Gefühlswelt im Spiegel der polnischen Sprache. Die Vorträge finden (bei genügender Teilnehmerzahl) Donnerstags von 5 bis 6 im Konfirmandensaal der Paulikirche statt. Beginn voraussichtlich am 8. November.

Anmeldungen für alle genannten Vorträge werden in der Redaktion des „Pos. Tagebl." am Montag und Donnerstag von 5 bis 6 Uhr nachmittags entgegengenommen. Die Teilnehmerkarte für jede Vortragsreihe kostet 50 000 M. bei Anmeldung bis zum 1. November, bei späterer Anmeldung das Doppelte.

Großes Theater.

Halévys „Jüdin", die für längere Zeit vom Spielplan verschwunden war, tauchte am Montag wieder aus der Versenkung auf, — in der Hauptsache wohl, weil dem Posener Publikum Gelegenheit geboten werden sollte, einen Gast in einer geeigneten Rolle kennen zu lernen. Der Prager Heldentenor Tadeusz Dura sollte den Eleasar singen. Aber der Gast blieb aus, und an seiner Stelle sang unser einheimischer Eleasar, Herr Woliński. Vor Beginn der Aufführung wurde mitgeteilt, Herr Woliński wäre indisponiert und bäte um Nachsicht. Ich wünschte, alle unsere Sänger und Sängerinnen sängen bei bester Disposition so, wie Herr Woliński am Montag indisponiert sang. Im Anfang des Abends klug zurückhaltend und stellenweise bescheiden zurücktretend, brachte er doch die Partei des Eleasar vornehm und wirkungsvoll zur Geltung, und in der großen Arie des vierten Aufzugs gab er so viel Wärme, Innerlichkeit und Tonschönheit, daß der Beifall danach die Form einer begeisterten Ovation annahm. — Die Aufführung war außerdem durch die neue Besetzung zweier Rollen bemerkenswert. Frl. Marynowicz, früher Prinzessin Eudora, sang jetzt die Titelpartie, während als Eudora zum ersten Mal Frau Fontana auftrat. Beide Sängerinnen gehören zu den besten Kräften unserer Operntruppe. Sie bewährten auch in diesen Rollen ihre stimmlichen Vorzüge, ihre musikalische Intelligenz und ihre Bühnengewandtheit. wl.

An unsere Stadt-Abonnenten.

Aus verschiedenen Gründen bitten wir die Beträge für den Bezug unserer Zeitung fortan

direkt an die Geschäftsstelle, Tiergartenstraße 6

oder auf unser

Postscheckkonto P. K. O. Nr. 200 283 Poznań

lautend auf: „Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A."

zu zahlen. Die Beträge bitten wir spätestens bis zum

3. jedes Monats zu entrichten, oder vorher

zu zahlen, mit genauer Angabe der Adresse u. Vermerk für Posener Tageblatt.

Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Ernte- und Saatenstandsbericht.

Die letzte Woche war für Erntearbeiten wieder günstiger und verhältnismäßig warm und brachte als besonderes Ereignis am Montag ein Gewitter. Sonne gab es nicht viel, und aus diesem Grunde ist es auch in dieser Woche nicht überall möglich gewesen, die noch draußen liegenden Reste von Lupinen und Grummet unter Dach und Fach zu bringen. Der Sonnabend war verregnet. Ebenso konnte nicht allerwärts die Kartoffelernte beendet werden. Wenn auch die meisten Wirtschaften damit schon seit einiger Zeit fertig sind, so sah man Ende der Woche stellenweise doch noch größere Flächen ungeernteter Kartoffeln, was teilweise auf Leutemangel zurückzuführen ist. Trotzdem manche Güter den Kartoffelhackern die Mitnahme ansehnlicher Kartoffelmengen an jedem Abend gestatten, erhalten sie doch noch nicht so viele Arbeitskräfte, wie sie beschäftigen könnten. Sollte in der nächsten Zeit stärkerer Frost eintreten, so würde mancher erheblichen Schaden erleiden, in Anbetracht der bedeutend gestiegenen Preise für Kartoffeln. Die meist beendete Ernte an Futterrüben hat fast durchweg bezüglich des Ertrages befriedigt, teilweise kann man sehr gute Ernten dieser Frucht verzeichnen. Ähnlich ist es bei Möhren und Wruken. Die Zuckerrübenernte ist inzwischen auch in Angriff genommen worden. Winter-Stoppel- und Gründüngungssaaten haben sich der Witterung entsprechend weiter entwickelt. Die Obsternte ist als beendet anzusehen. Wie schon bald nach Beendigung der Blüte vorausgesagt, ist die Ernte in Äpfeln fast überall gering gewesen und Pflaumen, die ja nur ganz schwach geblüht haben, gab es fast gar nicht. Dagegen ist an Birnen kein Mangel, und solche sind genügend zu haben. S.

Evangelisch-kirchliche Personalnachrichten. Berufen: Pfarrer Blümel aus Althütte zum Pfarrer in Bnin; Pfarrer Brohm in Ottloschin zum Pfarrer in Rentschkau; Pfarrer Paarmann aus Posen zum Pfarrer in Wissek; bisheriger Pfarrverweser, Pfarrer Nitz in Koschmin, zum Pfarrer daselbst.

× **Erledigte evangelisch-kirchliche Personalnachrichten.** Infolge Versetzung der bisherigen Inhaber sind folgende evangelische Pfarrstellen neu zu besetzen: Libau, Diözese Gnesen, Neu-Barkoschin, Nauden, Schwarzenau, Diözese Gnesen, Welnau, Diözese Gnesen, Zduny, Diözese Krotoschin.

Vom Gewerbe- und Kaufmannschaftsgericht. Zum Vorsitzenden ist Verwaltungsrichter Szołdrski, zu seinem Vertreter Assessor Czasz ernannt worden. Das macht der Magistrat in hiesigen Blättern mit Ausnahme des „Pos. Tagebl." bekannt.

× **Wichtig für Briefmarkensammler.** Wer heute Briefe, Postkarten usw. aus Deutschland erhält, wird nicht ohne Interesse die mannigfachen Marken betrachten, die durch Überdrucke der kleinen Werte zu der heutigen Teuerung entsprechenden Millionenwerten geworden sind. In Polen kannte man diese Überdruckmarken, die auch in der ersten Zeit des Bestehens der polnischen Post hergestellt worden waren, schon seit mehreren Jahren nicht mehr. Jetzt ist man „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", offenbar weil das Drucken der neuen Markenwerte nicht mehr mit der Steigerung des Posttarifs das gleiche Tempo innehalten kann, dazu übergegangen, neue Überdruckmarken im Werte von 10000 M. in den Verkehr zu bringen. Sie sind dadurch entstanden, daß man Briefmarken zu 25 und zu 8 Mark mit dem Werte von 10 000 M. überdrucken ließ. Derartige Marken sind bereits seit einigen Tagen bei den hiesigen Postämtern zu haben. Bekanntlich soll vom 1. November ab nach dem neuen Posttarif ein gewöhnlicher Inlandsbrief 10 000 M. kosten.

Die neuen Posener Straßenbahnfahrpreise. Wie die Straßenbahndirektion im „Kurjer" bekannt macht, lautet ihr Antrag, der die heutige Stadtverordnetenversammlung beschäftigen wird, auf Erhöhung des Preises der Einzelfahrt auf 10 000 M., d. h. also um 100 Prozent. Alle übrigen Sätze erhöhen sich selbstverständlich in demselben Verhältnis.

Reformationsfeier in der St. Lukaskirche. Am 1. Juli d. Js. waren vierhundert Jahre vergangen, seit in Brüssel die ersten Anhänger Luthers auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurden. Jenes Ereignis veranlaßte den Reformator, das erste evangelische Lied zu dichten. Man kann also sagen, daß das evangelische Gesangbuch in diesem Jahre vierhundert Jahre alt ist. Dieses Jubiläum des Gesangbuchs soll am kommenden Sonntag, nachmittags 5 Uhr, in der St. Lukaskirche durch eine besondere Feier begangen werden, zu der der Schwesternchor des Posener Diakonissenhauses und der Posaunenchor des Evangelischen Vereins junger Männer ihre Mitwirkung zugesagt haben. Der Eintritt ist für jedermann frei.

× **Endlich?** Zur Anbahnung von Friedensverhandlungen zwischen den Krankenkassen und den Ärzten ist gestern eine Warschauer Ministerialkommission hier eingetroffen. Eine für gestern nachmittag angesetzte Besprechung zwischen den Kommissionsmitgliedern und dem Vorstande des Ärzteverbandes konnte aus unbekannten Gründen nicht stattfinden und wird erst im Laufe des heutigen Tages abgehalten.

(Amerikanisches Copyright 1923 by Carl Duncker, Berlin.)

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wenn es nur das wäre. Ihr Vater hat die Lokomotiven, die mit dem ‚Porfirio Diaz' zugrunde gingen, auf eigene Rechnung gekauft, um den Verdienst mitzunehmen. Jetzt verlangen die Firmen das Geld, aber sie verweigern Frist oder Akzept und wollen Barzahlung. Auch wird am ersten der Dampfer ‚Vera Cruz' mit hoher Ladung eintreffen."

„Dann bekommen wir noch Werte."

„Nur, wenn wir vorher den Restbetrag von zwei Dritteln des Wertes beim Konsul erlegen."

„Sonst?"

„Sonst ist die Anzahlung verloren und auch die Ware. Wir haben bis Quartalsschluß 12 Millionen zu zahlen, und die großen Außenstände gehen nicht ein. Die Schuldner versteifen sich dahinter, daß sie nicht wüßten, ob sie Ihnen zahlen könnten. Sie bezweifeln die Vollmacht und verlangen Gerichtsbeschluß."

„Hinter allem steht natürlich Wislizenus."

„Sicher — wenn wir aber aus Argentinien unser Geld bekämen!"

„Sie haben geschrieben?"

„Was nützt ein Brief? Wir brauchen zwölf Millionen, aber Don Hieronimo ist ein vernünftiger Mann. Was sind zwölf Millionen in Pesos! Ich fürchte, es wird das einzig Mögliche sein, daß ich morgen mit dem Postdampfer hinüberfahre. Ich bin am vorletzten dort und könnte das Geld telegraphisch überweisen. Auf einen Brief hin ist so etwas nicht zu machen."

„Sie können aber doch nicht reisen! Wie soll ich allein..."

„Ich dachte daran, daß Silvio —"

Heftig wehrte sie ab.

„Unmöglich!"

„Ich weiß, daß Herr Silvio ein guter Kaufmann ist, und er trägt den Namen Bruhns. Man wird es nur für natürlich halten, wenn er Sie unterstützt."

„Nie! Nie!"

Swendholm sah auf. „Hassen Sie ihn auch? Ich fürchte, Ihr Vater hat ihn verkannt."

Da sagte sie leise: „Und wenn es das Gegenteil wäre?"

Ein leises Rot lag auf ihren Wangen. Swendholm sagte warm: „Das wäre mein innigster Wunsch."

„Es darf nicht sein; ich habe es meinem Vater versprochen. Sie haben es auch selbst gelesen, was er mir in jenen letzten Zeilen geschrieben. Wie sollte ich mit ihm hier gemeinsam arbeiten?"

Swendholm sagte ernst und weich: „Und weil Ihr Vater ihn verkannte, wollen Sie die Firma zugrunde gehen lassen und selbst auf Glück verzichten?"

„Wenn ich es täte — und der Kommissar hätte recht — Mein Vater kehrte zurück und fände ihn hier auf seinem Stuhl. — Nie! — Nie! — Ich muß das Wort halten, das ich ihm gab."

„Dann sind wir verloren."

„Wenn ich hinüberführe, Don Hieronimo bäte?"

„Sie kennt er nicht, und Sie sprechen nicht einmal Spanisch, und er versteht kein Deutsch. — Dann gibt es nur noch ein Mittel."

„Und das ist?"

„Sie heiraten Herbert Wislizenus."

„Niemals!"

„Dann behält er recht, und die Firma Silvester Bruhns bricht am Ersten zusammen. Ich weiß keinen Rat. Er hat recht behalten, er ist mir über und Ihnen."

Sie blieben stumm einander gegenüber, und Johannas Brust atmete stürmisch und krampfhaft. Der Markthelfer trat ein.

„Herr Silvio Bruhns und Herr Dr. Schlüter."

Johanna schüttelte den Kopf.

„Gerade jetzt? Ich kann nicht!"

Swendholm hatte nachgedacht.

„Bitte, Fräulein Bruhns, empfangen Sie die Herren, vielleicht ist es eine gute Nachricht."

„Was soll Gutes kommen? Aber — wie Sie wollen."

Silvio erschien erregt und begrüßte Johanna.

„Verzeih, liebe Kusine, Herr Dr. Schlüter wollte mit Dir sprechen. Ich habe eigentlich nur ein paar Worte mit Herrn Swendholm zu reden. Darf ich mit Ihnen in Ihr Büro treten?"

Ohne eine Antwort abzuwarten, nahm er den Alten am Arm und ging mit ihm hinaus. Johanna bot Dr. Schlüter einen Stuhl.

„Sie wünschen, Herr Doktor?"

„Ich habe meine Untersuchung hier beendet, und mein Verdacht gegen Gröger, der sich in Argentinien aufhält, ist nur bestärkt. Ich halte es für unerläßlich, daß ich selbst nach Argentinien hinüberfahre, dort allerdings hoffe ich die Fäden der ganzen Sache zusammenzufinden. Aber es kann verschiedene hunderttausend Mark kosten, deshalb komme ich zu Ihnen."

„Sie glauben wirklich?"

„Ich kann jetzt noch nicht sprechen, aber ich bin überzeugt. Ich denke, eine halbe Million muß Ihnen die Ehre des Vaters wert sein, und leider ist heute eine solche Reise nicht anders zu machen."

„Ich werde mit Herrn Swendholm reden."

Sie trat an die Tür, da kamen eben die beiden Herren aus Swendholms Büro.

„Herr Swendholm — Herr Doktor Schlüter —"

Silvio fiel ihr ins Wort: „Laß jetzt die beiden Herren miteinander reden; ich habe mit Dir zu sprechen."

Seine Stimme klang merkwürdig bestimmt. Sie wagte nicht, sich zu widersetzen. Auch Swendholm schien von der Notwendigkeit dieser Unterredung überzeugt; denn er nahm Schlüter mit sich. Johanna stand am Kamin, sie zitterte vor dem, was nun kommen sollte, und hielt wie abwehrend die Hände erhoben.

(Fortsetzung folgt.)

werden. Morgen soll dann eine allgemeine Ärzteversammlung stattfinden, in der zu den „Friedensbedingungen" Stellung genommen werden soll. Man darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß endlich nach fünfwöchiger Kriegsdauer, unter der die Krankenkassenpatienten am schwersten leiden, ein für beide Teile ehrenvoller Friede zustande kommt.

X **Kindesleichenfund.** Auf dem Gemüllabladeplatz am Eichwaldtore wurde gestern die halbverkohlte Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Es war mithin der Versuch gemacht worden, das arme Würmchen zu verbrennen.

bw. **Dachstuhlbrand.** Gestern mittag, kurz vor 1¼ Uhr, brach in den Militärwerkstätten am Wały Leszczyńskiego 49 (fr. Kaiserring) ein Brand aus, der den Dachstuhl vollständig vernichtete. Als die Feuerwehr erschien, stand das Dach bereits völlig in Flammen. Dem entfesselten Elemente gingen beide Wehren mit 6 Schlauchleitungen energisch zu Leibe. Der Brand wurde nach 15 Minuten lokalisiert. Die weiteren Löscharbeiten dauerten bis 4½ Uhr nachmittags. Der Brandschaden ist sehr bedeutend.

X **Fahrraddiebstahl.** Auf der ul. Pocztowa (fr. Friedrichstraße) wurde gestern ein Fahrrad mit der Nr. 219 308 gestohlen.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 26 Dirnen, 8 Betrunkene, 1 Obdachloser und 8 Personen wegen Diebstahls.

* **Bromberg.** 23. Oktober. Heute früh 7 Uhr wurde hier ein gewisser Marcin Ignasiak durch Erschießen hingerichtet, der vor einem Jahre auf einer Landstraße nahe der Station Witoslaw, Kreis Wirsitz, einen Briefträger ermordet hat. — Gestern wurde ein Joseph Palmowski und eine Anna Karbownik, beide aus Graudenz, dabei abgefaßt, als sie aus einem Laden am Friedrichsplatz Seide im Werte von 84 Millionen Mark stehlen wollten. Beide wurden der Polizei übergeben.

* **Graudenz.** 23. Oktober. Dem polnischen Mädchengymnasium droht, wie dessen Leiter mitteilt, die Gefahr, wegen Mangels an Brennmaterial geschlossen zu werden. Infolgedessen wendet sich der Leiter der Anstalt an die Öffentlichkeit mit der Bitte, durch Spenden die Brennstoffnot abzuwenden.

* **Lissa**, 22. Oktober. Eine weitere Haussuchung fand, wie das „Liss. Tagebl." berichtet, in der Paßbesorgungsstelle des Frl. Rau, ul. Dworcowa, Eingang Plac Dr. Metziga, am 12. d. M. auf Anordnung des Starosten statt. Es erschienen der Kriminalbeamte Dajewski mit einem zweiten Beamten und einem Zeugen, und suchten nach Material, das Aufschluß über die Beziehungen zum deutschen Konsulat gab. Einige ganz belanglose Mitteilungen des Konsulats, eine deutsche Optionsurkunde und ein Einbürgerungsantrag für Deutschland wurden beschlagnahmt. Nach Aufnahme eines Protokolls verabschiedeten sich die Beamten mit der Weisung an Frl. Rau, sich bis Nachmittag um 4 Uhr zu Hause zu halten, wo sie nochmals erscheinen wollten. Dies ist indes nicht geschehen, Frl. Rau hat auch bisher weiter keinen Bescheid erhalten, und auch die Papiere sind nicht zurückgegeben worden.

* **Lissa**. 23. Oktober. Die Gemeinde Neu-Laube ist vom 1. Oktober ab von dem Distriktsamt Luschwitz abgetrennt und dem Distriktsamt Lissa-West zugeteilt worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

F. S. 1. Von einer Enteignung der Wirtschaft kann keine Rede sein. 2. Wenn wir Ihnen die Frage nach Ihrer Staatszugehörigkeit beantworten sollen, müssen Sie uns erst Angaben darüber machen, ob Sie hier geboren sind, oder ob Sie vom 1. Januar 1908 ununterbrochen Ihren Wohnsitz im ehemals preußischen Teilgebiet gehabt haben.

E. T. 1923. 1. Sie erlassen am besten eine Anzeige für Danzig durch die Annoncen-Expedition der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, unter Beifügung einer Anzahlung von 100 000 Mk. 2. Sie inserieren sehr zweckmäßig im „Posener Tageblatt", Posen, bei dem jetzt die einspaltige Petitzeile 9000 Mk. kostet. Eine entsprechende Anzahlung ist auch hier am Platze.

W. B. Wir können Ihnen nicht sagen, ob Ihnen das Bezirkskommando unter diesen Umständen die Genehmigung zu einer kurzen Besuchsreise in Deutschland erteilen wird. Stellen Sie nur ganz ruhig unter Beifügung der ärztlichen Atteste den schriftlichen Antrag.

P. in O. 1. Diese Anfrage ist unseres Wissens zu bejahen. Über Frist und Bedingungen ist uns nichts Näheres bekannt. 2. Das ist unter normalen Bedingungen ganz ausgeschlossen. — Wir bitten Sie, in Zukunft die Bemerkung an der Spitze des Briefkastens zu beachten, nach der die Vorlegung der Bezugsquittung gefordert wird.

„Glück". 1. Einen Rat bei der Wahl eines Verlobungsgeschenks zu erteilen, geht zweifellos über den Zweck des Briefkastens hinaus. Haben Sie denn keinen Freund bezw. keine Freundin, die Ihnen hier raten könnten? 2. Diese Frage läßt sich nur von einem Arzt nach genauer Untersuchung des Betreffenden beantworten. Im allgemeinen wird sie wohl zu bejahen sein.

Aus den Kinos.

≡ **Das Mädchen aus dem Lande der Stürme.** Die gestrige Vorführung dieses ansprechenden Filmwerks hatte durchschlagenden Erfolg. Das schöne Schmugglertöchterlein Virginie gerät durch eine eigentümliche Verkettung von Umständen in die Hütte zweier junger innig befreundeter Farmer in den Schneegefilden von Alaska. Bereits in den ersten Tagen ihres Aufenthalts wird sie die unfreiwillige Ursache davon, daß die Freundschaft ihrer beiden Beschützer sich in gegenseitige Abneigung und Haß verwandelt. Die hieraus entspringenden Konsequenzen bilden den Inhalt des ungewöhnlich fesselnden Films, der schon wegen seiner prachtvollen Naturaufnahmen aus diesem Lande der Stürme sehenswert ist. Als nächstes Programm folgen „Die drei Musketiere" von Alexander Dumas, die schon heute das rege Interesse der weitesten Kreise wachgerufen haben, wie die beim „Teatr Pałacowy" täglich einlaufenden zahlreichen Anfragen beweisen.

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

≡ **Die polnische Mark gesetzliches Zahlungsmittel in Oberschlesien.** Die „Berichte aus den neuen Staaten" melden aus Krakau: Vom 1. November 1923 an wird in Oberschlesien der polnische Post- und Telegraphentarif eingeführt werden. Gleichzeitig wird der Überweisungsverkehr in der deutschen Währung eingestellt werden. Im Sinne des Art. 395 der polnisch-deutschen Konvention verliert an diesem Tage in Oberschlesien die deutsche Mark die Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel.

≠ **Notierung der Goldbons an der Warschauer Börse.** Aus Warschau, 22. d. M., wird uns mitgeteilt: Die 6prozentigen Goldbons Serie 1 B, C und D sind zur Notierung an der Warschauer Börse zugelassen. Der Tageskurs der Bons der einzelnen Serien wird im offiziellen Kursblatte der Warschauer Börse notiert werden. Nach dieser Anordnung werden alle Regierungsverträge in Złoty (wenn im Vertrage selbst nicht anders bestimmt worden ist) nach dem Kurse der nächstfälligen Goldbons in polnischer Mark umgerechnet werden. Bis zum 30. Oktober wird somit der Kurs der Serie 1 B, vom 1. bis 14. November der Kurs der Serie 1 C, und vom 15. November bis 14. Dezember der Kurs der Serie 1 D als Grundlage angenommen werden. Ebenso wird die P. K. K. P. die Abzahlung aller Goldkredite, die bis zum 20. Oktober erteilt worden sind, annehmen.

Von den Märkten.

Edelmetall. Warschau, 22. 10. 23. Feingold 950—975, Silber 30, Platin 4200, Silberrubel 425.

Holz. Posen, 22. 10. 23. (Moschiner Lizitation vom 8. 10.). Eiche I Mp. 710 000, Stubben 373 000, Fichte 275 000, Kluppen IV. Kl. 64 000, Birke 575 000, Kiefer 708 000, rund 475, — II. Kl. 368 000.

Spiritus. Posen, 19. Oktober. Rektifiziert zu 100 Liter 91 940, zuzüglich Steuer von 200 000, zusammen 291 940. Zu 1000 Liter 83 200, zuzüglich 200 000 M. Steuer, insgesamt 283 200. Denaturierter Spiritus 48 000.

Produkten. Chicago, 20. Oktober. (Alle Notierungen auf Dezember). Weizen 105.50, Mais 75.62, Hafer 41.75, Roggen 69.25. Hamburg, 20. Oktober. (In Milliarden Mkd.) Weizen 30—32, Roggen 27—30, Hafer 22—25, Gerste hart 26—28, Frühjahr 27—28, Mais 28—29.

Von den Aktiengesellschaften.

„Polski Przemysł Gumowy" T. A. in Graudenz. Die Generalversammlung findet am 5. November 1923, nachm. 3 Uhr, in den Geschäftsräumen des Notars Wysocki in Graudenz, ul. Józefa Wybickiego Nr. 31, statt. (Kapitalerhöhung.) M. P. 239.

Zuckerfabrik Melno. Die Generalversammlung findet am 15. November 1923, 11 Uhr vorm., im „Hotel zum goldenen Löwen" (Pod Złotem Lwem) in Graudenz statt.

„Albrechtswerke", T. A. in Rządz, bei Graudenz. Die Generalversammlung findet am 17. November 1923, vorm. 11 Uhr, im Bureau des Herrn E. Demant in Graudenz, ul. Ogrodowa 7, statt. (Besprechung über Liquidierung des Unternehmens.) M. P. 240.

„Tartak", Möbel- und Holzbearbeitungsfabrik in Wreschen, S. A. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 6. 9. 23 ist das Aktienkapital um 480 Mill. Mkp. nom. auf 600 Mill. erhöht worden durch Ausgabe von Aktien 3. Emission. Die Aktionäre erhalten auf 2 Aktien 4 junge zum Kurse von 1000 Prozent und 2 junge zum Kurse von 3000 Prozent. Das Bezugsrecht erlischt am 10. November 1923. Die jungen Aktien sind ab 1. 1. 1924 dividendenberechtigt. Bei nachstehenden Banken kann das Bezugsrecht ausgeübt werden: Bank Związku Spółek Zarobkowych, Bank Pożyczkowy, Bank Kupiecko-Przemysłowy, Powiatowa Kasa Oszczędności, sämtlich in Wreschen, und bei der Bureauverwaltung des Unternehmens in Wreschen, ul. Gnieznieńska.

„Młyn Ziemiański" S. A. in Posen. Die Bank Ziemian gibt bekannt, daß die Aktien der 2. Emission dieser Firma fertiggestellt worden sind und bis zum 31. Oktober gebührenfrei den Aktionären ausgehändigt werden. Ab 1. November 1923 werden Kosten berechnet.

„Tkanina", S. A. in Posen. Die Bank Związku Spółek Zarobkowych in Posen gibt bekannt, daß die Aktien 5. Emission der Aktiengesellschaft „Tkanina" fertiggestellt worden sind und in den Dienststunden abgeholt werden können.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 23. Oktober.** Die Tendenz am Devisenmarkt hat sich wieder erheblich stärker befestigt und sogar weiter steigende Tendenz gezeigt. Die dauernde katastrophale Abwärtsbewegung der deutschen Mark ist geeignet, immer größer werdende Verwirrung in alle Kreise zu tragen. Wenn wir von einer Börsenpanik auch nicht sprechen dürfen, so ist doch bis dahin nur noch ein kurzer Schritt. Die gestrige vorbörsliche Dollarparität in Danzig ergab einen Stand von 3 Millionen Mkp. für den Dollar in Polen. Es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß eine derartige Bewertung der polnischen Mark noch durch nichts zu rechtfertigen ist, es muß aber auch beachtet werden, daß diese Paritätsangaben nichtamtlichen Nennkursen zugrunde liegen. Die amtliche Danziger Börse gibt ein ganz anderes Bild. Es notiert da die Polenmark durchschnittlich 10 980 000, der Dollar 120 250 Millionen; in diesem amtlichen Verhältnis gesehen, gibt der Dollar in Polen die Parität von 1 119 750. Die vorbörslichen Notierungen sind also als reine Kursbewegung festzuhalten, haben jedoch keinerlei maßgebenden Charakter. An der Warschauer Börse notierte gestern der Dollar amtlich 1 390 000, das engl. Pfund 6 270 000, der Schweizer Frank 247 000, der Goldfrank 281 800, die Miljonówka 7000, die Złotybons Serie B 170 000, Serie C 167 500, Serie D 170 000. Am Effektenmarkt weiterhin ruhige Stimmung bei starken Verkaufsaufträgen, geringerem Kaufinteresse. Es notierten offiziell Bankwerte: Diskontowy 1575, dla Handlu i Przem. 350—340, Przem. Lwowski 150—145, Małopolski 350, Kredytowy in Warschau 200, Związku Spółek Zarobk. 500—480. Industriewerte: Cerata 60—50, Chodorów 1250—1370, Michałów 320—300, Częstocice 10 300—10 400, Gosławice 450, Tow. Fabr. Cukru 2050—2000, Cegielski 200—205, Modrzejów 2000—1925, Starachowice 850—825, Parowóz 135—127,5, Zieleniewski 4600—4800, Żyrardów 103 000—100 000, Tkanina 27,5, Polski Lloyd 50—60, Haberbusch 1300—1310, Spiritus 600—550, Nobel 345—380 Zawiercie 106 500—105 000, Polbal 40, Skupu Skór 41—42,5, Kabel 180, Tepege 1850.

≠ **Die P. K. K. P. zahlte am 22. 10. für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 1 682 200 (399 100), M. 269 600** (110 800), Krone 229 200 (92 500), **lateinische Münzeinheit 218 300** (92 500). Dollar 1 131 900 (533 400). Pfund Sterling 5 508 200 (sh. 115 900) schwed. Krone 303 300 (133 000) holl. Gulden 454 900 (209 500) österr. Dukaten 2 589 200 (fl. 246 300) belgische und holländische Dukaten 2 583 200, türkische Pfund 4 964 800. 1 g Feingold 752 250 (22 170).

≠ **Die polnische Mark am 22. Oktober.** Es wurden gezahlt für 100 Mkp. in **Danzig** 3 541 125—3 558 875, Auszahlung Warschau 3 341 625—3 358 375. **Berlin**, Auszahlung Warschau 4 800 000. **Wien**, Auszahlung Warschau 4.30—5.20 (Parität: 20.85). **Ofenpest**, Auszahlung Warschau 2.50—4.15 (Parität: 29.45). **Prag** Auszahlung Warschau 0.255—0.2675 (Parität: 35 790). **London**. Auszahlung Warschau 0.00002 (Parität: 5 000 000). **Neuyork**. 0.00011 (Parität: 910 000). **Zürich** Auszahlung Warschau 0.0006 (Parität: 166 800. **Kattowitz**: 4 000 000 (Parität: 0.0025).

≠ **Der Dollar in Polen errechnet aus der Danziger Parität 1 540 000 Mkp.** (1 Dollar = 4.20 Goldmark). **Die Goldmark aus dem Danziger Kurs 366 175 Mark polnisch.**

≠ **Ostdevisen in Berlin.** Auszahlung Bukarest 189 000 000 G., 191 000 000 B., Reval 113 640 000 G., 115 360 000 B. Noten: polnische Mark 33 150 G., 34 850 B., estnische Mark 108 250 000 G., 113 750 000 B.

≠ **Züricher Börse vom 22. 10. 23.** (Amtlich.) Warschau 0,0006 Neuyork 5,6025, London 25,26, Paris 32,9250, Wien 0,007875, Prag 16,6250, Italien 25,1250. Belgien 28,60, Ofenpest 0,0306. Sofia 5,35. Holland 218,75, Kristiania 86,40. Kopenhagen 97,90. Stockholm 147¼. Spanien 75,10, Bukarest 2,6750, Berlin (gestrichen), Belgrad 6,85, Athen 9,00 Konstantinopel 3,25.

Warschauer Vorbörse vom 24. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau 0,00001
Dollar .... 1 375 000—1 395 000
Englische Pfund in Warschau ... 6 720 000
Schweizer Franken in Warschau .. 267 000
Französischer Franken in Warschau . 86 150

Warschauer Börse vom 23. Oktober.

Devisen:

Belgien	69 500	Paris	81 500
Berlin und Danzig	0.000 001	Prag	41 500
London	6 850—6 270 000	Schweiz	247 400—247 000
Neuyork	1390—1395—1 390 000	Wien	19,70
Holland	545 700	Italien	62 500

Goldfrank 281 800

Danziger Mittagskurse vom 24. Oktober.

Polenmark in Danzig ..... 7 000 000—6 000 000
Dollar in Danzig 100 000 000 000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 24. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	2 900 000—3 200 000	Roggenkleie	900 000
Roggen	1 600 000—1 700 000	Hafer	1 400 000—1 500 000
Weizenmehl	—,—	Eßkartoffeln	560 000—580 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	2 600 000—2 750 000	Fabrikkartoffeln	420 000—450 000
		Roggenstroh, lose	100 000—110 000
		„ gepr.	140 000—150 000
Gerste	1 400 000—1 500 000	Heu, lose	135 000—150 000
Braugerste	1 800 000—2 000 000	„ gepr.	185 000—220 000
Weizenkleie	950 000		

Ungenügende Zufuhren. Bargeldmangels wegen kleine Umsätze. Tendenz: fest.

Posener Viehmarkt vom 24. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 7 900 000 M., II. Sorte 6 800 000 M., III. Sorte 5 600 000—6 000 000 M. — **Kälber**: I. Sorte 7 600 000 bis 7 800 000 M., II. Sorte 6 600 000—6 800 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 6 000 000 M., II. Sorte 4 800 000 bis 5 000 000 M., III. Sorte 4 000 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 13 600 000 M., II. Sorte 12 600 000 bis 12 800 000 M., III. Sorte 11 000 000—11 600 000 M.

Der Auftrieb betrug: 32 Ochsen, 142 Bullen, 190 Kühe, 138 Kälber, 1495 Schweine, 225 Schafe, 60 Ziegen. — Tendenz: am Morgen sehr lebhaft, später ruhig.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

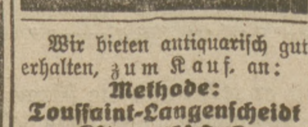
Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Teatr Pałacowy, plac Wolności 6. Vom 22. Oktober bis 28. Oktober d. Js.:
Der Gipfelpunkt der Filmtechnik
Das Mädchen aus dem Lande der Stürme
Ein sechsaktiges amerikanisches Meisterwerk der kinematographischen Kunst, das durch farbige Ansichten bezaubert und sich sowohl durch den fesselnden Inhalt als auch durch das meisterhafte Spiel hervorragender Künstler auszeichnet.
Beginn der Vorstellungen: täglich um 4½, 6¼, u. 8¼ Uhr. An Sonn- und Festtagen die erste um 4 Uhr, die letzte um 8½ Uhr.



Alte, reparaturbedürftige
Schreibmaschine
zu kaufen gesucht. Ang. u. 9679 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche zu kaufen:
2 Waggon Kantholz, 8/8, 18/18 cm. stark,
2 Waggon Balken, 18/21, 18/24, 21/24, 21/26 cm.
2 Waggon Schalbretter, 20 mm. stark,
1 Waggon Latten, 4/6 cm. stark,
und einige Waggon unbes. Tischlerbretter, 16/23, 30/42, 52/65, 80 mm. stark.
Zahlung sofort in bar.
Adam Kaatz, Holzhandlung,
Poznań, ul. Wierzbięcice 36/38, Tel. 2665.



Wir bieten antiquarisch gut erhalten, zum Kauf. an:
Methode: Toussaint-Langenscheidt
Englisch
zum Selbstunterricht.
36 Briefe mit Beilagen und Sachregister.
Angeboten sehen wir entgegen.
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Wir suchen antiquarisch zu kaufen:
Lehrbuch des deutschen bürgerlichen Rechts
v. Konrad Corack, 2 Bde.
Lehrbuch des Handelsrechts.
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.
Abtl.: Versandbuchhandl.

Sofort lieferbar:
Generalstabskarte
(mit polnischer Beschriftung) von Warszawa, Brest-Litowsk, Radom, Lublin, Kielce, Tomaszów.
Vorzüglich erhalten u. aufgezogen auf Leinwand.
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Abt. Versandbuchhandlg.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Herzliche Bitte!
Wer hilft mit?
Zwei strebsame aber völlig unbemittelte Seminaristen können ihre Lehrerausbildung nicht vollenden, wenn ihnen nicht geholfen wird.
Es ist Ehrenpflicht des Deutschtums hier, sie nicht auf halbem Wege stehen zu lassen!
Jedes Scherflein ist willkommen und nimmt mit großem Danke entgegen
Martha Schnee,
Bydgoszcz, Sniadeckich 4.